

BIZ

Zeitschrift
der Gewerkschaft
**Erziehung und
Wissenschaft**
Bremen
Mai/Juni
Nr. 3/2017

SCHULEN IN EUROPA

GEW

Auf der »Rangliste der Pressefreiheit 2017« ist die Türkei erneut stark abgerutscht, auf Rang 155 von unter-suchten 180 Ländern. Deutschland liegt nach einer Analyse von »Reporter ohne Grenzen« auf Rang 16, Nordkorea ist Letzter. Seit dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei sitzen dort mehr als 150 Journalisten im Gefängnis.

Auch die Gerichtsreporterin Canan Coskun von der Oppositionszeitung

Cumhuriyet soll für 23 Jahre in den Knast. Der Prozess steht bevor. Die Journalistin (geboren 1987) hatte über verbilligte Luxuswohnungen für Richter und Staatsanwälte berichtet. Mit dem Bericht habe Coskun die Justizvertreter beleidigt, heißt es in der Anklageschrift. Von den günstigen Preisen profitierten demnach unter anderem drei Richter, die die Einstellung von Korruptionsermittlungen gegen vier Ex-Minister der Regierung des damaligen Minister-

präsidenten und heutigen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan anordneten. Canan Coskun berichtet aber weiter über die aktuelle Situation in ihrem Heimatland. Sie hat die Türkei verlassen und war im April auch in Bremen zu Gast.

Sie gab der BLZ die Erlaubnis, einen ihrer Artikel zu veröffentlichen.

20 Quadratmeter Beton

Vor mehr als 200 Tagen wurden mehrere Mitarbeiter der »Cumhuriyet« verhaftet. Im Gefängnis Istanbul-Silivri werden ihre Rechte aufs Schwerste verletzt.

Canan Coskun

■ Unsere zehn Cumhuriyet-Kollegen, die sich in Untersuchungshaft befinden, wurden noch nicht verurteilt – bestraft werden sie aber bereits. Mit einer Reihe von Rechtsverletzungen wird nicht nur ihre Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt, auch ihr Recht auf Kommunikation mit der Außenwelt wird aufs Schwerste verletzt. Solange sie inhaftiert sind, fühlen auch wir uns nicht frei.

Ihnen wird untersagt, Briefe zu verschicken. Als Begründung für diese Einschränkungen werden die im Rahmen des Ausnahmezustands geltenden Notstandsdekrete angeführt. Dabei gibt es in diesen Dekreten keine offizielle Regulierungen, die diese Haftbedingungen rechtfertigen. Stellen Sie sich vor, Sie dürfen nur zwei Stunden pro Woche Ihre Anwälte und Angehörigen sehen. Ziehen Sie eine Glaswand zwischen sich und ihnen hoch und denken Sie sich ein Telefon dazu. Eine Begegnung, bei der nach einer Stunde der Ton abgeschaltet wird und nur das Bild übrigbleibt.

Alle zwei Monate eine Umarmung

Alle 15 Tage dürfen Sie mit ihrer Familie telefonieren, allerdings wird die Gesprächszeit auf zehn Minuten beschränkt. Alle zwei Monate dürfen Sie Ihre Geliebten umarmen. Währenddessen werden Sie von einer Kamera aufgezeichnet, inklusive Tonaufnahme. Willkommen in Silivri!

Sinem Kara, die Ehefrau des Cumhuriyet-Autoren Hakan Kara, hat es nicht übers Herz gebracht, ihrer fünf Jahre alten Tochter zu erklären, dass ihr Vater im Gefängnis sitzt. Bis zum 100. Tag seiner Inhaftierung hat sie ihren Ehemann nur einmal ohne die trennende Glaswand sehen dürfen. Auch wenn sie sich längst daran gewöhnt hat, dass ihre wöchentlichen Gespräche hinter der Glaswand aufgezeichnet werden, sagt sie doch: »Es ist nicht gut, sich daran zu gewöhnen.«

Ihre kleine Tochter denkt derweil, dass ihr Vater auf Geschäftsreise im Ausland ist. »Sie kann alle fünfzehn Tage mit ihrem Vater telefonieren«, erzählt Sinem Kara. »An Tagen, an denen diese Gespräche stattfinden, geht sie nicht zur Schule. Damit sie ihren Vater nicht vergisst, lasse ich ihr Geschenke zukommen, als habe sie ihr Vater geschickt. Er sitzt weiterhin in Untersuchungshaft, weil es immer noch keine Anklageschrift gibt. Langsam findet die Kleine: ›Es reicht jetzt. Er soll endlich zurückkommen.«

Ein Buch für drei Insassen

Nun stellen Sie sich Ihre Lieblingsfarbe vor. Zum Beispiel hellblau. In Silivri ist diese Farbe nicht erlaubt. Die Justizvollzugsbeamten geben die Farbpalette vor. Das Leben hier ist weiß, dunkelblau, algengrün und metallgrau. Das Grün im Pflanzentopf ist auch verboten. Überall ist Beton. Und überall bedeutet 20 Quadratmeter.

Bücher können zwischen diesen vier grauen Wänden ohne Frage die große Rettung sein. Doch als unsere Kollegen im November verhaftet wurden, gab es in Silivri so wenige Bücher, dass sich schon damals drei Insassen ein Buch teilen mussten. Die Haftanstalt, die den traurigen Ruf des »größten Gefängnisses von Europa« genießt, war im Besitz von 1.750 Büchern.

Beschluss des Verfassungsgerichts

Vor genau einem Jahr hatte das Verfassungsgericht einen Beschluss unterzeichnet, der die Rechtsverletzungen während der Haft von Can Dündar und Erdem Gül bestätigte. Darin stand, dass Journalist*innen nicht allein aufgrund ihrer Berichterstattung inhaftiert werden könnten, und dass Dündars und Güls Persönlichkeitsrechte sowie ihr Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit verletzt wurden. Auch heute werden die in diesem Beschluss aufgezählten Prinzipien außer Acht gelassen.



Unerschrocken:
»Cumhuriyet« –
Reporterin
Canan Coskun

Schön, schöner, Halbzeitbilanz

Wer in Hochglanz-Broschüren blättert, bekommt in der Regel viele schöne Informationen. Wie zum Beispiel in der Halbzeitbilanz der Kinder- und Bildungsensorin. Zu lesen sind Erfolgsmeldungen und Eigenlob. Zu sehen sind lachende Menschen und Diagramme, in denen alles besser wird. Und mit positiven Adjektiven wird geklotzt. Da wurde »kräftig gebaut«, »stetig erhöht«, »laufend aufgestockt« oder »enorm integriert«. Ein Bogedan-scher Wahlkampfauftritt zur Mitte der Legislaturperiode, der selten die Realität abbildet.

Die BLZ hat die 16 Überschriften der Halbzeitbilanz mit **fett** markierten Zusätzen ergänzt und zieht damit ein ungeschöneres, ehrlicheres Fazit:

1. **Gute Bildung von Anfang an – ist derzeit nicht finanzier- und umsetzbar.**
 2. **Bremen investiert in die Bildung – gibt aber im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten 2.000 Euro pro Schüler/in weniger aus.**
 3. **Ausbau der Ganztagsangebote geht voran – schleppend und viel zu langsam.**
 4. **Baumaßnahmen an Schulen und neue Schulstandorte – halten den weiteren Verfall nicht auf.**
 5. **Mehr Personal eingestellt – dennoch weiter starker Unterrichtsausfall.**
 6. **Vertretungspool auf 210 Lehrkräfte aufgestockt – viele davon ohne ausreichende Qualifikation.**
 7. **100 zusätzliche Referendariatsplätze geschaffen – nach Druck durch den Personalrat Schulen.**
 8. **Gute Arbeit – 80 pädagogische Fachkräfte übernommen. Hunderte Schulbeschäftigte bei anderen Trägern warten weiter auf ein Angebot.**
 9. **Inklusion wird gestärkt – mehr Lehrerstunden, mehr Stellen – mehr Frust in den Kollegien durch personelle Mangelverwaltung.**
 10. **Integration von Geflüchteten – mit langen Wartezeiten. Und ab 18 Jahren werden sie sich selbst überlassen.**
 11. **Mehr SchulsozialarbeiterInnen für Schulen mit vielen Geflüchteten – aber immer noch deutlich zu wenige**
 12. **Evaluation der Schulreform – mit alten Daten und Statistiken.**
 13. **Bildung in der Digitalen Welt – ein Ablenkungsmanöver als Bremer Prestigeobjekt.**
 14. **Mobil- und Neubauten – verspätet geplant.**
 15. **Gewinnung von Fachkräften – gestaltet sich höchst problematisch, wegen jahrelanger Personal- fehlplanung.**
 16. **Weiterer Ausbau der Sprachförderung – der dennoch unzureichend bleibt.**
- Zu den Themen »Jugendberufsagentur«, »Aufblähen der Praktikumsklassen für Jugendliche, die keine Ausbildungsplätze finden« und »Studiengang Inklusive Pädagogik« fehlen Überschriften in der Bilanz. Zugegeben: Da ist es schwierig bis unmöglich, schöne zu finden.

Karsten Krüger

Rubriken

- 2 **Angriffe auf die Pressefreiheit**
Canan Coskun
- 4 **Landesvorstand**

Schulen in Europa

- 7 **Vorwort**
Karsten Krüger
- 8 **Europas nationalistischer Kern**
Werner Pfau
- 10 **OECD und die Bildung**
Wilfried Meyer
- 12 **Gymnasium in Athen**
Jürgen Burger
- 14 **Dänisches Bildungswesen**
Burkhard Sievers
- 15 **Auslandslehrerin in Ungarn**
Kirsten Meyer
- 16 **Ideologie in russischen Schulen**
Dr. Zurab Aloian
- 18 **Bildungspolitik in der EU**
Tammo Toppe

Bildung – Politik – Gesellschaft

- 20 **Interview mit Claudia Bogedan**
Karsten Krüger
- 23 **Gender contra Genderwahn**
Romina Schmitter
- 24 **70 Jahre GEW**
Jürgen Burger

Weitere Rubriken

- 27 **Recht**
- 28 **Aus den Fachgruppen und Arbeitskreisen**
- 32 **Gratulationen**
- 33 **Buchtipps**
- 34 **Frischluff**
Wilfried Meyer
- 35 **Hinweise**
- 36 **Termine**

Impressum:
BLZ Landesverband
Bremen der GEW
Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen
Tel. 0421-337 64-0
Fax 337 64 30
blz@gew-hb.de
http://www.gew-bremen.de
http://www.gew-bremerhaven.de
Geschäftszeiten:
Mo-Do 8.00-12.30 Uhr
und von 13.00-16.00 Uhr
Fr 8-14 Uhr

Redaktion:
Karsten Krüger
Tel. 0173-683 1678
kkrueger@posteo.de
Wilfried Meyer
Tel. 0170-295 3984
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172-1609809
international@gew-hb.de

»Termine und Hinweise«:
Ferdinand Berghorn
Tel. 0421-491 90 33
Fax 0421-494 03 33
Georg_Berghorn@t-online.de

Mitarbeit:
Jürgen Burger
Ingrid Emmenecker
Swantje Hüskens
Jan Ströh

Titelblatt:
Dr. Matthias Duderstadt
Tel. 0421-70 16 92

Korrektur:
Gerhild Fiege

Herausgeber:
Landesverband Bremen der GEW

Verlag:
Geffken & Köllner
Druck- und Verlagsgesellschaft
Sedanstrasse 87/89
28201 Bremen
Tel. 0421-55 70 8-0
Fax 55 70 8-22
ISDN (Leonardo): 55 70 8-21

Anzeigen:
AWB Anzeigen Werbung Berghorn
Loignystr. 27
28211 Bremen
Tel. 0421-491 90 33
Fax 0421- 494 03 33
Mobil 01 79-706 59 72
Georg_Berghorn@t-online.de
Z.Zt. gültige
Anzeigenpreisliste Nr. 16
vom 01.01.2010
Anzeigenschluss:
Am 30. des Vormonats

Der Bezugspreis der Bremer Lehrerzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl. MwSt. Die mit dem Namen der VerfasserInnen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion

■ Fünf Tage, 108 Anträge, 100 Änderungsanträge, 432 Delegierte, Vorstandswahlen. Der diesjährige Gewerkschaftstag der GEW hatte es in sich. Als Schritt in die Neuzeit gilt die Einführung elektronischer Wahlen: die Anwesenden schwankten zwischen der Vermutung, es handle sich um Teufelswerkzeug und der Ansicht, dass der vorherige Gewerkschaftstag damit bereits hätte bereichert werden müssen. Die Bremer*innen (immerhin drei Prozent der Gesamtmasse, hälftig aus

es ihm nicht mehr gelang, die geeigneten Zuhörer*innen davon zu überzeugen, dass vor allem die Eltern durch ihre Motzerei dem Bildungsbereich am schwersten zusetzten.

Irritiert ob dieser Ansichten schwor sich die Bremer Delegation auf die bevorstehenden Formalitäten und Redebeiträge ein, insbesondere aber auf die inhaltlichen Beratungen zu zwei unterschiedlichen Anträgen zum Thema Inklusion. Voller Hoffnung, es käme zu einer angemessenen Auseinandersetzung zu diesem für Bremen richtungsweisenden Antrag, trat Ernüchterung ein – alleine die Wahlvorgänge benötigen zwei volle Tage. Einige der Entsandten wünschten sich den Zauberer vom ersten Abend zurück auf das Podium, um dem Verlauf den notwendigen Witz noch zu verpassen. Besondere Spannung boten die Wahlen dennoch, da es bei der Besetzung für den Bereich Schule zu einer Kampfabstimmung kam, die Ilka Hoffmann mit nur einer Stimme Vorsprung im zweiten Durchgang für sich entscheiden konnte.

Balsam für die Bremer Seele war der Vortrag von Fred von Leeuwen, der mehr als deutlich machte, dass Lehrkräfte ein Recht auf die Entschei-

dung haben, Lehrpläne und Lehrmaterialien in Frage stellen zu dürfen, wenn diese die Ungerechtigkeit fördern: sogenannte Bildungsmaterialien, die aus der Tabak- oder Kohlebranche finanziert werden und gesundheitsbewusstes Leben propagieren verzerren die Realität! Dieses Plädoyer für die Zurückeroberung und Kontrolle des eigenen Berufes reihte sich in die Zufriedenheit der kleinen Bremer Delegation mit den Forderungen anderer Kandidat*innen ein: Arbeit darf nicht arm machen und keine Bildung ist teurer als Bildung!

Trotz mannigfaltiger Anlässe, sich dem Sitzungsgeschehen zu entziehen, zeichnete sich die Bremische Abordnung durch eine hohe Teilnahmefrequenz aus, durch das von anderen Landesverbänden neidisch bäugte Zusammenraufen am Abend und zwischen den Tagesordnungspunkten sowie durch die teambildende Haltung: kein Genosse, keine Genossin geht allein – auch nicht zum Kaffeeauschank. Fürsorge wurde zu Recht großgeschrieben und Ausfallerscheinungen (bedingt durch Genuss von Kamikaze-Getränken und fahrigem Wortgefachten) wurden erfolgreich kompensiert.

Zwischen Kakadu und Sitzungsdisziplin

Bremer Delegation beim Gewerkschaftstag 2017 in Freiburg

Swantje Hüsken

beiden Städten besetzt) sahen sich einer schier nicht enden wollenden Debatte ausgesetzt. Dabei war der Begrüßungsabend am Folgetag noch nicht verdaut: die glorreiche Unterbrechung der Rede des heimischen Ministerpräsidenten durch Studierende haftete dem Redner so an, dass



Keine Genossin, kein Genosse geht allein – auch nicht zum Kaffeeauschank: Die Bremer Delegation in Freiburg



Mehr Geld für Bildung: In einer langen Schlange zogen die PV-Teilnehmer zur Bibliothek nach Gröpelingen.

Personalversammlung fordert Bürgerschaft zum Handeln auf

2000 Schulbeschäftigte im Pier 2. Danach ging es zur Kundgebung nach Gröpelingen

■ Die mit knapp zweitausend Teilnehmer*innen sehr gut besuchte Personalversammlung (PV) der Beschäftigten an Bremer Schulen am 22. Mai im Pier 2 hat eindrucksvoll die Forderungen des Bremer Bündnisses für Bildung unterstrichen und sich diesen angeschlossen. Die PV forderte die Bürgerschaftsfraktionen auf, die von mehr als 5.000 Menschen unterzeichnete Petition des Bündnisses »Vorfahrt für Bildung« in der Bürgerschaft zu behandeln. Anschaulich und eindringlich wurde in vielen Beiträgen aus Sicht verschiedener Berufsgruppen die katastrophale Situation an den Schulen beschrieben und eine deutliche Erhöhung des Bildungshaushaltes gefordert. Beiträge von Vertreter*innen des ZentralElternBeirats (ZEB) und der Gesamtschüler*innen-Vertretung (GSV) verdeutlichten die Kritik an der strukturellen Unterfinanzierung des Bremer Bildungswesens. Die PV schloss sich auch den Forderungen

nach angemessenen Ressourcen für die ReBUZ und nach Übernahme aller Leiharbeiter*innen der Stadtteilschule an.

Demonstration in Gröpelingen

Eine große Anzahl der Teilnehmer*innen nahm anschließend an der Demo und Kundgebung des Bremer Bündnisses für Bildung in Gröpelingen teil, um die Forderung nach jährlich 182 Millionen Euro mehr zu unterstützen – soviel müsste Bremen mehr in die Bildung stecken, um mit Hamburg gleichzuziehen. Auf der Kundgebung machten die Redner*innen klar, dass sich das Bremer Bündnis für Bildung weiterhin in die öffentliche Diskussion über den kommenden Bildungshaushalt einmischen wird. Noch vor den Sommerferien ist eine Aktion zur Übergabe der Petitionsunterschriften an die Bürgerschaft geplant, um eine Debatte in der Bürgerschaft zu erreichen. Nach den Ferien wird es darauf ankommen, bei den anstehenden Lesungen des Doppelhaushaltes



Mehr Personal für die Inklusion: Viele Demonstranten forderten eine bessere Ausstattung.

2018/2019 in der Bürgerschaft nochmal zu verdeutlichen, dass eine massive Erhöhung des Bildungshaushaltes notwendig ist, wenn das Bremer Schulwesen seinem öffentlichen Auftrag und den Erwartungen der Schüler*innen, Eltern und Beschäftigten gerecht werden will. Ein »Weiter so« führt vom jetzigen Bildungsnotstand direkt in die Bildungskatastrophe.

■ Wir eröffnen heute die 32. Pädagogische Woche und setzen damit die Überlegungen unserer vorangegangenen beiden Pädagogischen Wochen fort. Unter verschiedenen Aspekten warfen wir die Frage auf: »Was heißt demokratische Schule?«

Wenn wir die Titel der letzten vier Jahre aufeinander beziehen:

2013: Demokratische Pädagogik;
2015: Gemeinsam. Verschieden. Eine ganz normale Stadt
2017: Herausfordernde Vielfalt – vielfältige Herausforderungen, dann könnten wir als Kerngedanken ableiten:

Der Kampf um eine demokratische Pädagogik

32. Pädagogische Woche
in Bremerhaven:
Eröffnungsrede vom 27. März
von Bernd Winkelmann



Bernd Winkelmann
Landesvorstandssprecher

Der Kampf um eine demokratische Pädagogik in einer normalen Stadt bleibt vielfältig und herausfordernd. Das allerdings ist mehr als eine Wortspielerei.

Bei den Planungen zu unseren Pädagogischen Wochen befassen wir uns mit Erfahrungen aus dem Alltag. Einige Aussagen, die uns nachdenklich gemacht haben, lauten:

- Zur Demo am 1. Mai kann ich nicht gehen, ich bin noch nicht auf Lebenszeit verbeamtet;
- Ich kann mich nicht um Politik oder um Gewerkschaft kümmern, ich habe in der Schule so viel zu tun;
- Opponieren ist so mühsam, es ändert sich sowieso nichts ...

Was haben die Kolleg*innen, so fragen wir uns, erlebt, um zu solchen Einschätzungen zu kommen?

Sie steigen oft in die Berufsausbildung in ein eng geführtes Studium ein: Creditpoints statt Nachdenken; Sie erhalten als Referendar*in eine neue Prüfungsordnung,

- mit der die Durchführung ihrer Vorführstunden von deren Reflexion getrennt wird. Auch hinsichtlich der Notengebung
- die Leistung Theorie und Praxis voneinander zu separieren, ist ein Maßstab der Bewertung.

Ergänzende Anmerkung: Der größte Hohn der neuen Ausbildungsordnung von Lehrkräften besteht darin, dass sie sich der Salutogenese (»gesund durchs Berufsleben«) verpflichtet sieht.

Und sie nehmen auch einen Schulausschuss wahr, der nach der Halbierung der Kürzungen bei den schulischen Sachmitteln sagt, mehr können wir nicht machen, wir wissen auch nicht weiter.

Wir müssen aber weiter, der morgige Tag bricht an und die Kinder kommen zur Schule. Wir sind davon überzeugt, dass ein Nachdenken über Bildung hilft. Den Maßstab hat Horst von Hassel einmal formuliert: »Schulreform ist Freiheitskampf«.

Daraus folgt:

1. Bildung heißt Kritik an Herrschaft.
2. Erziehung bedeutet Aufklärung über gesellschaftliche Strukturen.
3. Schulbildung hat einen hohen Einfluss auf die Menschen. Es kommt darauf an, gegen die Ideologie der Ungleichwertigkeit aktiv einzutreten.

Dabei ist die Landesverfassung auf unserer Seite; Artikel 26 thematisiert soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit, Frieden, Schutz vor Ausbeutung, ein menschenwürdiges Dasein und die Verpflichtung, dem Gemeinwohl zu dienen.

Worin liegt also der Wert Pädagogischer Wochen?

Wir müssen uns auseinandersetzen mit dem Wunsch nach einfachen Lösungen, die es nicht gibt. Die Welt ist in jeder Klasse, daran geht kein Weg vorbei.

Wir müssen in aller Bescheidenheit Horizonte öffnen: Es geht nicht nur um Schulen, sondern um die Entwicklung der gesamten Stadt hin zu einem integralen Konzept.

Wir müssen dazu beitragen, dass wir selber befähigt sind, an der Veränderung praktisch mitzuwirken; wir wollen mehr als eine formal ausgezeichnete Demokratie.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass nicht nur, aber auch die Schulkinder einen ungehinderten Zugang zu Bildung erhalten. Demokratie klappt nur durch die Selbsttätigkeit ihrer Mitglieder in gesellschaftlich-historischer Verantwortung. Mit »Bildung für alle« fängt diese Perspektive an. Wir müssen das Nachdenken über die Verhältnisse systematisch ausbilden, Änderungsmöglichkeiten erarbeiten und sie Realität werden lassen. Kommen wir abschließend zurück auf unseren Kerngedanken: Der Kampf um eine demokratische Pädagogik in einer normalen Stadt bleibt vielfältig und herausfordernd. So ist zu bedenken:

Die Sprengkraft von Bildung ist längst erkannt. Nicht zufällig werden enge Kontrollmechanismen in das Bildungssystem eingezogen. Nicht zufällig gibt es eine massive Debatte um ökonomisch nutzlose Gruppen von Menschen. Nicht zufällig wird »Bildung« verunglimpft zu Gunsten eines Lernverständnisses als Anpassung an die Marktgegebenheiten. Wenn Bildung aber einen aufklärenden Auftrag hat und dieser zur Geltung kommen soll, dann brauchen wir – neben Zusammenhalt – gute Argumente. Vor vier Jahren sind wir auseinandergesgangen mit dem Hinweis von Frau Prof. Borst, das Individuum überlebe nur als Kraftzentrum des Widerstandes. Vor zwei Jahren sagte unser Dezernent Michael Frost: »Inklusion wendet sich gegen die Barrieren in den Köpfen«. Wir freuen uns auf sein Grußwort, das er gleich halten wird.

Heute wird Herr Mecheril unter dem Gesichtspunkt migrationspädagogischer Überlegungen uns »solidarische Bildung« erläutern. Wir sind gespannt! Ich wünsche uns erfolgreiche Tage.



SCHULEN IN EUROPA

Der Blick nach Europa

Die GEW prangert zu Recht die Situation der Schulen in Bremen und Bremerhaven an. Inklusion, Lehrermangel, prekäre Arbeitsverhältnisse – bei vielen Themen gibt es – moderat formuliert – dringenden Handlungsbedarf. Auch bundesweit wird die Bildungspolitik kritisch begleitet. Welchen Stellenwert hat die Bildung, haben die Schulen in unserem Bundesland und darüber hinaus?

Um die Kritik und die Forderungen – nicht nur der Gewerkschaften – besser einordnen oder vergleichen zu können, blickt die BLZ auf den nächsten zwölf Seiten über den Tellerrand nach Europa. Wie ist das Bildungswesen in anderen Ländern organisiert? Wie und unter welchen Arbeitsbedingungen arbeiten Bremer Lehrkräfte an Auslandsschulen? Die Kolleginnen und Kollegen berichten aus Griechenland (Seite 12), Dänemark (Seite 14), und Ungarn (Seite 15). Zu lesen ist auch ein Bericht über die russische Bildungslandschaft (Seite 16).

Der Schwerpunkt startet mit dem Grundsatzartikel »Europas nationalistischer Kern« (Seite 8) und einem Text zur OECD (Seite 10). Am Ende erläutert unser Autor Tammo Toppe, warum die Bildungspolitik in der EU keine prägende Rolle spielt (Seite 18).

In der Hoffnung auf den einen oder anderen Erkenntnisgewinn wünscht die BLZ-Redaktion viel Spaß beim Lesen.

Karsten Krüger

■ Europäische Groß-Unternehmen, ihre Lobby, Politiker, die Bildungsentscheidungen treffen, haben schon seit langer Zeit ihre Interessen, ihre Forderungen an Bildung formuliert. So gab es bereits 1959 in Den Haag ein Treffen, welches den Mangel an Fachkräften in Technik und NW formulierte! Ziel war die Durchsetzung der Ideologie des »ewigen Wachstums« und der Bildungsbereich sollte dieser Entwicklung angepasst werden. Das von ihnen sogenannte Humankapital als dritter Faktor neben Kapi-

Die Lüge von der Chancengleichheit

Europäische Standardisierung ist keine Qualitätsverbesserung

Wilfried Meyer

tal und Arbeit musste und muss ausreichend qualifiziert zur Verfügung stehen. Bildungssystem als Lieferant von Arbeitspotenzial: Die OECD wurde 1960 gegründet. Die Konferenz in Washington 1961« Economic Growth and Investment in Education« forderte einen höheren Bildungsstand als den, den es zu der Zeit gab, für den Bereich der Naturwissenschaften als »key to more and rapid meaningful economic growth«. Weder die wirtschaftliche noch die militärische Entwicklung wollte man der Willkür überlassen, sondern durch Bildung steuern. Man wollte eine Bildungs-Planung. Wegen der Formulierungen in vielen Länderverfassungen, die den mündigen Bürger im Auge haben/bzw. hatten, wurde Bildung natürlich immer auch für die Entwicklung der Bürger zu Demokraten im Munde mitgeführt, auch soziale Forderungen wie Ausnutzung der Begabungsreserven und gleiche Chancen, auch freier Zugang zur Bildung wurden formuliert. Im Kern ging und geht es aber um Investitionen für den Ertrag; eine Investition, die »a high rate of return« gewährleisten sollte. Also keine Ausgaben ohne zählbaren Ertrag. So wird durchgehend die Illusion genährt, dass es Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit, so wie »kein



Fragwürdige Testerei und keine Bildungsqualität.

Zurücklassen auch nur eines Kindes« (no child left behind), oder gar einen Zugang zur Bildung für Jederfrau geben könnte.

Aktuell das gleiche Bild: Sparmaßnahmen

Diese Forderungen wurden in NRW im Wahlkampf von der SPD vertreten, von Schulz auf Bundesebene wieder belebt. Die Eltern, die Gewerkschaft, auch in Bremen, vertreten dies. Und es soll ohne Rücksicht auf Herkunft und Einkommen sein. Schauen wir uns um: Es gab und gibt es das bisher nicht. Und das Wachstum der Privatschulen in den EU-Ländern zeigt uns das Gegenteil an. Von Südeuropa und den Chancen der Jugendlichen dort mal völlig abgesehen. Wie überall im öffentlichen Sektor eigentlich aller Länder in Europa kämpft der Bildungsbereich, d.h. die Schulen, die Hochschulen, die Kindergärten, mittlerweile um eine Mindestausstattung, um überhaupt annähernd mit den Aufgaben fertig werden zu können. Der Haushalt, das Personal, die Schrottschulen, wie überhaupt der öffentliche Sektor werden auf ein Minimum heruntergefahren. Lehrkräften in Griechenland, Portugal, Spanien wurden die Löhne massiv gekürzt im Zuge der Rezession. Gleichzeitig gehen die Einkommen und Gewinne der oberen Zehntausend horrend in die Höhe. Mag sein, dass es den Anspruch gegeben hat, den Widerspruch zwischen emanzipatorischer, mündiger Bildung des Individuums einerseits und Bildung zum Errei-

chen des Wirtschaftswachstums zu lösen. Und als Ziel einer demokratischen Gesellschaft daran festzuhalten mag richtig sein. Was wir aber über die letzten Jahre in Europa und weltweit erleben ist eine massive Einflussnahme sogenannter Thinktanks wie Bertelsmann und sogenannter Fachleute, die unter dem Schirm der Bildungstheoretiker, der Bildungswissenschaft auftreten und den nationalen Kultus/Erziehungsministerien von außen Order geben, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Land in der Wachstums-spirale zu halten.

Wer hat Angst vor PISA, VerA... ?

Dafür haben sie sich schon vor einem Jahrzehnt subtile Mittel ausgedacht. Und wohlgermerkt, die OECD ist keine Bildungsorganisation! Wer kennt ihn nicht, den Pisa-Schock! In einer fragwürdigen Testerei wurden Daten erhoben und Postulate formuliert, die nicht einmal die Chance hatten unter Erziehungswissenschaftlern, pädagogischen Fachleuten, Lehrkräften diskutiert zu werden. Sie wurden übergestülpt und deren Auswertungen und Konsequenzen als Bildungsqualitätssteigerung angepriesen. Es wimmelt nur so von Qualitätsinstituten oder Schulinspektionen, die solch tolle Maßnahmen wie Ziel-Leistungsvereinbarungen aus der Wirtschaft in die Bildung transformieren möchten. Den Beweis für Erfolge dadurch ist man uns allerdings bis heute schuldig geblieben. Sogar die KMK bemängelte unlängst, dass doch jetzt genug

getestet worden sei und man endlich konkrete Erfolge bzw. Vorschläge sehen möchte! Damit man überhaupt flächendeckend testen konnte, Sinn hin oder her, wurden 2004 die sogenannten Regelstandards eingeführt. Ab dem Zeitpunkt sprach man auch in Bremen von Behördenseite immer wieder von der »Implementierung der Bildungsstandards«. Diese konnten dann angeblich gemessen werden. So haben wir europaweit das Phänomen, dass wir inzwischen zwei Ebenen in der Bildungspolitik vorfinden: Die Tester, Vermesser, Vergleicher, Qualitätsinspektoren, Einordner mit ihren 5 Stufen, mittig der »Regelstandard« mit 500 Punkten. Liegt ein Land 30 Punkte drunter oder drüber, wird wegen Fortschritt oder Rückschritt entweder gelobt oder getadelt und dadurch der Druck verstärkt, weitere »Bildungsreformen«, bevorzugt in Richtung Input-Output-kompetenzorientiert durchzuführen, um nicht »den« Anschluss zu verpassen. Nennen wir es mal das Hamsterrad der Evaluationskreisläufe in Endlosschleife. Und diese

möchten auch Kinder und Jugendliche mindestens in den Kernfächern in tausende von Einzelkompetenzen zerbröseln, um sie in sogenannte Kompetenzrasterbögen- und Zeugnisse einpressen und vergleichen zu wollen. Dies wird auf Dauer nicht gelingen, sondern den Widerspuch zu einer pädagogischen Praxis verschärfen. Ebenso sehen wir durch den Bolognaprozess für die Hochschule, die Lehrerausbildung in Bachelor und Master keinen Fortschritt. Im Gegenteil, Bachelorstudenten übernehmen Billigjobs an Schulen.

Pädagogik geht anders

Auf der anderen Seite haben wir Pädagogen, viele Erziehungswissenschaftler, wohlgemerkt nicht Bildungsforscher, eben die Praktiker in Kita, Schule und Hochschule. Unsere Kritiken an dieser Politik prallen bis jetzt weitgehend an der OECD und den hörigen KMKs ab. Aber die Proteste dagegen, dass die Qualität sinkt, die Bedingungen nicht mehr stimmen, immer mehr Kinder und

Jugendliche abgehängt werden durch dieses Schulsystem, die nehmen zu. Weil auch Erfolge dieser großangelegten Umsteuerung in der Bildung ausbleiben.

Zusätzlich machen Thinktanks wie Bertelsmann ihre Verbesserungsvorschläge und drängen die Politiker. Dahinter stecken handfeste ökonomische Interessen, der Markt ist riesig, gerade auch bei der Digitalisierung von Schulen. Im Bildungsbereich an einem Strang zu ziehen, davon sind wir in Europa meilenweit entfernt, wenn das überhaupt erwünscht ist. Stand ist der, dass für all die Veränderungen Kraft und Zeit gebraucht wird und der Prozess mittlerweile von der Schul-Basis völlig losgelöst ist. Eine Maßnahme löst die andere ab, aber keiner weiß mehr, wohin es gehen soll.

Not tut eine Debatte über pädagogische, demokratische Bildung und ein Eindämmen des Einflusses der europäischen Humankapitalprediger!

exprobico
Die Experten für Profession, Bildung und Kompetenz

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,
Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, Ihren Schülerinnen und Schülern bestmöglich zur Seite zu stehen. Sie bereiten junge Menschen auf ihre Zukunft vor. Dennoch erleben auch Sie sicherlich häufig, dass sich nicht jede/r Einzelne gleich gut orientieren und/oder entscheiden kann. Gemeinsam mit exprobico können Sie Ihren Schülerinnen und Schülern eine wertvolle Hilfestellung bei der Wahl des passenden Berufs- oder Studienwegs bieten.

Kompetenzchecks zur Berufs- und Studienorientierung sowie individuelle Feedbacks haben bereits vielen jungen Menschen Orientierung gegeben.

Als Expertennetzwerk exprobico verfügen wir über umfassende Erfahrung aus langjährigen Projekten, u.a. in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen:

- Fachhochschule Erfurt
- Technische Universität Ilmenau
- Jade Hochschule Oldenburg
- Fachhochschule Schweinfurt Würzburg
- IHK Stade
- Hochschule Bremen
- IetsMINT Osnabrück
- Arbeitsagentur Verden
- Gymnasium Dortmund
- Gymnasium Osterholz-Scharmbeck
- Realschule Kirchlinteln

und darüber hinaus durch die Gespräche und Kooperationen mit vielen individuell interessierten Eltern sowie Schülern und auch Studierenden.
Wir beraten und unterstützen Sie gerne. Nehmen Sie Kontakt zu uns auf!

Prof. Dr. Gudrun Frank · mobile: +49 (0) 170 9036871 · contact@exprobico.de
www.exprobico.de

■ Vivi Katsa hat in den 1980er Jahren in Bremen Informatik studiert und ist danach wieder nach Griechenland zurückgegangen. Seit 2011 ist sie Schulleiterin eines Athener Gymnasiums, des 2. Gymnasio Kamaterou.

Kannst du deutschen Lesern bitte erklären, welche Stellung das Gymnasium im griechischen Schulsystem einnimmt?

Wir haben ein anderes Bildungssystem als in Deutschland. Die Grund-

Ein Gymnasium in Athen

Interview mit Schulleiterin Vivi Katsa



Vivi Katsa
Schulleiterin

schule dauert sechs Jahre. Danach kommt drei Jahre das Gymnasium. Das ist die Sekundarstufe. Und nach drei Jahren Gymnasium kommt bei uns das Lyceum. Das entspricht eurem Gymnasium. In den letzten zwei Jahren des Lyceums bereiten sich die Schüler auf die Aufnahmeprüfungen in der Universität vor. Im Gymnasium sind die Schüler 13 bis 15 Jahre alt. Früher waren Gymnasium und Lyceum ein Gesamtsystem. Das Gymnasium dauerte sechs Jahre.

In was für einem Stadtteil liegt eure Schule?

Das ist ein Arbeiterstadtteil. In den 90er Jahren wurde hier viel gebaut, es war Geld da, und viele Häuser sind mit Krediten gebaut worden. Jetzt gibt es hier viele Arbeitslose. Ich bekomme mit, dass die Familien große Probleme haben. Ich sehe bei den Kindern, dass sie auch psychische Probleme haben, wenn die Familien sich trennen. An Veranstaltungen, die etwas kosten, können manche nicht teilnehmen. Die Schule hat 256 Schüler. Hier gibt es auch einen kleinen Anteil von Roma-Familien. Sie bekommen Geld vom Staat, wenn sie ihre Kinder in der Schule angemeldet haben. An unserer Schule sind ca. 10% Roma-Kinder. Sie tragen sich ein, erscheinen dann aber oft nicht.

Und das Kollegium?

Wir haben 29 Lehrer. Einige davon müssen in zwei oder drei Schulen arbeiten, wenn sie nicht alle Stunden ihrer Fächer hier unterrichten können. Sie fahren mit dem Auto hin und her. Das ist kompliziert für unsere Planung und Stress für unsere Kollegen. Die Mehrheit sind Frauen, wir haben nur 6 männliche Kollegen. Außerdem haben wir zwei Putzfrauen ohne feste Stelle, die nach dem Unterricht kommen. Weiteres Personal haben wir nicht. Ein großes Problem ist, dass ich als Schulleiterin kein Sekretariat habe. Ständig kommen Schüler und Kollegen mit Fragen herein. Ich muss zusammen mit meiner Stellvertreterin alles selbst machen, die Stundenplanung und alle schriftlichen Arbeiten, Telefonate der Eltern entgegennehmen usw. Ich schließe auch die Schule ab.

Bei uns geht der Unterricht dreimal in der Woche bis 14.00 Uhr und zweimal bis 13.15 Uhr. Dann gehen die Kinder nach Hause. Es gibt keine Vertretung. Wenn ein Lehrer krank ist, muss ich einen neuen Stundenplan machen, oder die Kinder sind draußen auf dem Schulhof. Es gibt dann keinen Unterricht, sondern die Kinder gehen früher nach Hause. Es gibt keine Vertretungsreserve. Und die Gewerkschaft hat durchgesetzt, dass kein Lehrer in anderen Fächern vertreten muss. Das sehe ich kritisch. Es gibt auch keine Evaluation. Ich weiß oft nicht, was in den Klassen passiert, ich darf nicht hospitieren. Ich meine, die Gewerkschaft sollte sich auch um die Unterrichtsqualität kümmern.

Wie viele Unterrichtsstunden hat eine Lehrkraft in der Woche?

Das ist unterschiedlich, je nach Dienstjahren. Am Anfang sind es 23 Pflichtstunden (von 0-6 Jahren 23 Unterrichtsstunden, von 7-12 Jahren 21, von 13-20 je. 20 und über 20 je 18 Unterrichtsstunden.). Die meisten hätten nichts dagegen, etwas mehr zu unterrichten, wenn sie auch mehr verdienen würden. Jetzt, nach den Gehaltskürzungen verdienen sie brutto ungefähr 100€. Wir hatten ungefähr 40% Kürzungen.

Wie steht es mit der Förderung von Kindern mit Lernschwierigkeiten?

Wir haben 35 Kinder mit Lernschwierigkeiten. Für sie gibt es eine Förderklasse, die parallel zum Unterricht läuft und in die diese Schüler zeitweise aus den Klassen herausgenommen werden. Dafür haben wir zwei besonders ausgebildete Lehrkräfte. Ein Problem ist, dass viele Kinder nicht aus den Regelklassen herausgenommen werden wollen, um nicht diskriminiert zu werden. Wir haben außerdem nach der Schule eine Hausaufgabenhilfe, deren Lehrkräfte vom Ministerium aus EU-Mitteln bezahlt werden. Das gibt es dreimal in der Woche. Leider fangen diese Programme immer erst sehr spät im Schuljahr an, weil die Anträge und die Bewilligung so lange dauern.

Wie ist die technische Ausstattung?

Wir haben eine gute Computer-Ausstattung. Dafür haben die Eltern gesorgt, sie haben für eine neue Infrastruktur gesammelt.

Gibt es Binnendifferenzierung im Unterricht?

Der Unterricht ist bei uns im Jahre 2017 immer noch weitgehend frontal. Ich versuche als Schulleiterin eine Diskussion darüber zu führen. Das Bildungsministerium propagiert neue Methoden, aber das ist sehr schwierig. Es gibt zu wenig Kooperation und Engagement. Dabei spielt natürlich auch die schlechte Bezahlung eine Rolle. Aber die ist es nicht allein. Es ist auch eine Frage der Motivation.

Was hat sich seit 2008 an eurer Schule verändert?

Die Stimmung ist depressiv, sowohl bei den Schülern als auch bei den Lehrern. Die Lehrer verdienen sehr wenig und haben Probleme, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Die Frustration ist groß.

Was könnt ihr außerhalb des Unterrichts noch für eure Schüler tun?

Wir haben verschiedene Projekte für Schüler, zum Beispiel zum Umgang mit Stress. Das machen Kollegen freiwillig. Das läuft bei uns nachmittags. Wir haben eine Theatergruppe und ein Projekt zur Geschichte Mazedoniens mit einer Fahrt nach

Nordgriechenland und einem Museumsbesuch. Wir haben Experten, die das Thema Mobbing behandeln und Sexualaufklärung unter Einbeziehung von Ärzten. Wir haben auch Kollegen, die sich mit der Berufsorientierung beschäftigen.

Gibt es in Athen auch Gymnasien als Ganztagschule?

Die gibt es fast nicht, außer denen mit den Schwerpunkten Musik und Kunst. Dort kommen Kinder aus den verschiedenen Stadtteilen zusammen. Man braucht dafür eine Infrastruktur, besonders eine Mensa. Die Grundschulen sind häufiger Ganztagschulen.

Vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Jürgen Burger



Die Schule:
2. Gymnasio
Kamaterou
in Athen

Europäische Bildungsgewerkschaften:

Resolution zu den Auswirkungen neoliberaler Politik auf das Bildungswesen

■ Die regionalen Sonderkonferenz der Bildungsinternationalen in Wien stellt fest, dass

1. die von einigen Regierungen in Europa mit Blick auf die Krisenbewältigung umgesetzte neoliberale Politik sich schwerwiegend auf öffentliche Dienstleistungen und Bildung ausgewirkt hat.
2. aufgrund dieser Politik und des EU-Fiskalpakts, den die EU, die Troika und einige EU-Mitgliedstaaten verfolgen, den Menschen in Europa auch weiterhin Sparmaßnahmen und Etatkürzungen auferlegt werden, die zu immer weiteren Kürzungen der Löhne/Gehälter und Renten von ArbeitnehmerInnen sowie auch der Etats für Sozialleistungen von EU-Mitgliedstaaten führen. Diese politischen Maßnahmen haben für einige Länder, insbesondere in Süd- und Osteuropa, verheerende Auswirkungen und werden auch in mittel- und osteuropäischen Ländern durchgesetzt.
3. die Schulden nicht von den Menschen in Europa, sondern in erster

Linie im Bankensektor gemacht wurden. Anhand der derzeitigen Sparmaßnahmen wird der Wohlstand zugunsten der Reichen und Mächtigen und zulasten der ArbeitnehmerInnen und der Mehrheit der Menschen umverteilt.

4. die Haushaltskürzungen im Bildungssektor zu einer enormen Kürzung der öffentlichen Bildungsausgaben geführt haben, die sich in vielen europäischen Ländern ohnehin schon auf einem inakzeptabel niedrigen Niveau befinden. Zu den Folgen, die diese Politik für Beschäftigte im Bildungsbereich mit sich bringt, gehören die Schließung von Schulen, größere Klassen und die Verringerung von Lernchancen, was in einigen Ländern zur Abschaffung ganzer Ausbildungswege und/oder Fachrichtungen führt, so, wo jedes Jahr über 20.000 Auszubildende aufgrund der Kürzungen im Bildungsbereich ihrer Auswahlmöglichkeiten in der Ausbildung beraubt werden.

5. Kürzungen bei den Gehältern und Pensionen von Lehrkräften, Entlassung von Lehrkräften, zusammen mit weniger Festanstellungen und Herabstufungen von Lehrkräften, zunehmender Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen und Zwang zu beruflicher Mobilität sowie auch eine Zunahme der Arbeitsbelastung der Lehrenden, schwerwiegende Folgen für die Attraktivität des Lehrberufs haben und dazu führen, dass immer mehr Beschäftigte im Bildungsbereich den Beruf aufgeben und den Beruf wechseln.
 6. die EU zulasten universeller menschlicher Werte, die marktwirtschaftlichen Werte des Unternehmertums und der Wettbewerbsfähigkeit im Bildungssektor fördert, und zwar mittels Strategien, wie etwa der Strategie zu Neuen Denkansätzen in der Bildung. In ähnlicher Weise fördert sie fragmentiertes Wissen und Einzelkompetenzen zulasten einer breiter gefassten Bildung und Pädagogik, die die demokratischen BürgerInnen der Zukunft hervorbringen sollten.
- Die EGBW-Sonderkonferenz fordert koordiniertes und vereintes Handeln der Mitgliedsorganisationen in ganz Europa für freie und öffentliche Bildung für alle ohne Diskriminierung.

Dieser Antrag wurde 2014 von der griechischen und der serbischen Bildungsgewerkschaft gestellt und vom Plenum angenommen.

■ Dänemark hat keine Schul-, sondern nur eine Unterrichtspflicht, aber in der Praxis gehen alle Kinder wenigstens zehn Jahre zur Schule, nämlich von der so gut wie obligatorischen Vorschulklasse bis zur 9. Klasse. Diese »Folkeskole« ist eine voll integrierte Gesamtschule, die mit landesweiten zentralen Prüfungen abgeschlossen wird. Ein weiteres 10. Volksschuljahr ist freiwillig und wird häufig für die in Dänemark sehr populären Nachschulen genutzt. Das sind für fast alle erschwingliche

»Die Lehrkräfte werden hier geduzt«

Dänische Schülerinnen und Schüler sind selbstbewusst

Burkhard Sievers

Internatsschulen, die oft ein bestimmtes fachliches Profil aufweisen, wie zum Beispiel Sport, Theater, Musik.

Danach setzen fast alle Schüler ihre Ausbildung mit einer sogenannten Jugendausbildung fort, die dann entweder zu einem gymnasialen oder einem beruflichen Abschluss führen soll. 74 Prozent der dänischen Jugendlichen wählen eine der fünf gymnasialen Ausbildungen, von denen das allgemeine Gymnasium am populärsten ist. Daneben gibt es das wirtschaftliche, das technische und das erst vor kurzem eingeführte berufliche Gymnasium sowie ein zweijähriges Fachabitur, das am besten mit der Fachhochschulreife verglichen werden kann.

Im Moment ist die dänische Bildungspolitik sehr auf die sogenannte »Restgruppen«-Problematik fokussiert. Bis zu 20 % der dänischen Jugendlichen schaffen keine dieser Ausbildungen im ersten Anlauf – für diese Gruppe werden spezielle Förderprogramme angeboten. Die Folkeskole ist der Kern des dänischen Schulsystems, auch wenn derzeit eine massive Flucht von diesen kommunal betriebenen Gesamtschulen zu verzeichnen ist – sowohl von Seiten der Schüler als auch der Lehrer. Vor fünf Jahren hätte ich einen Arti-

kel geschrieben, der alle Lehrer in Bremen vor Neid hätte erlassen lassen. Die Kunst besteht nun darin, die aktuellen Frustrationen in das Gesamtbild zu integrieren, ohne die Proportionen aus den Augen zu verlieren. Vieles am dänischen Schulsystem ist vorbildlich. Grundsätzlich gehen dänische Kinder gern in die Schule, sie lernen etwas und schneiden international hervorragend ab, wenn es um politisches Verständnis und Demokratie geht. Dänische Schüler sind selbstbewusst, und der Umgang mit den Lehrern, die alle geduzt werden, ist locker, freundlich und von einem hohen Arbeitsethos geprägt.

Die Folkeskole ist eine Gesamtschule ohne organisatorische/äußere Leistungsdifferenzierung. Alle Schüler lernen in der gleichen Klasse den gleichen Stoff, auch wenn natürlich die Resultate unterschiedlich ausfallen. Aber es herrscht ein Konsens in der Gesellschaft, dass leistungsstär-

ke Bildungssektor viel eingespart wurde. Die Ausstattung ist großzügig, allerdings mit lokalen Unterschieden. Alle Schulen sind technisch auf hohem Stand, architektonisch ambitioniert, und vielerorts wird jedem Schüler ein Computer zur Verfügung gestellt. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die digitale Entwicklung gestoppt oder gar zurückgedreht wird.

Bis 2013 gab es klare tarifliche Vereinbarungen über die Arbeitszeit der Lehrer. Alle Lehrer in DK sind Angestellte. Trotz kleinerer Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen ist jedem Lehrer die gleiche Vorbereitungszeit wie Unterrichtszeit garantiert. Außerdem wurde Zeit für die übrigen schulischen Aktivitäten, zum Beispiel die Elternzusammenarbeit, zusätzlich gewährt. 100 Unterrichtsstunden wurden mit zwischen 215 und 220 Arbeitsstunden berechnet. 2013 führte die Regierung eine Volks-



Burkhard Sievers vor »seinem« Gymnasium im nordwestlichen Seeland. Er lebt seit mehr als 30 Jahren in Dänemark und ist aktiver Gewerkschafter.

kere Kinder in den allgemeinen Schulen ein notwendiges Rollenmodell sind und fachlich sich gut entwickeln können, wenn sie im Schultag schwächeren Schülern zur Seite stehen müssen, zum Beispiel durch die in der Unterrichtspraxis weit verbreitete Gruppen- oder Projektarbeit.

Die Lehrer-Schüler-Relation ist gegenüber deutschen Verhältnissen immer noch vorbildlich. Im Landesdurchschnitt beträgt die Klassengröße 21,8 – auch wenn zuletzt im

schulreform durch, die den Schultag der dänischen Schüler markant verlängerte. Diese zusätzlichen Schulstunden wollte man jedoch nicht bezahlen. Die kommunalen Arbeitgeber forderten daher eine völlige Aufhebung aller detaillierten Arbeitszeitvereinbarungen. Die Lehrer sollten um 8 Uhr an die Schule kommen und um 16 Uhr wieder gehen. Ihre Arbeitsaufgaben legt der Schulleiter fest. Dieser mit der Regie-

Fortsetzung auf Seite 17

Zweisprachigkeit ist das Konzept

Von Bremen nach Győr: Die Erfahrungen einer Auslandslehrkraft in Ungarn

Kirsten Meyer

■ Ich bin seit einem Jahr in Ungarn an der Audi Hungaria Schule in Győr, die sich seit diesem Schuljahr Audi Hungaria Bildungszentrum nennt, als Auslandslehrkraft (ADLK) angestellt. Wir arbeiten mit fünf deutschen Lehrkräften an der Grundschule. Die Schule nennt sich nun Bildungszentrum, da ein beruflicher Bildungsgang hinzugekommen ist, ähnlich wie bei uns die Handelsschule. Die Schule verfügt weiterhin über einen Kindergarten, Grundschule, Sek. I und Sek. II-Bereich. In der Sek. I und Sek. II sind weitaus mehr deutsche Kolleginnen und Kollegen beschäftigt. Es ist möglich alle Abschlüsse zu machen.

Deutsche Bildungspläne

Der Unterricht findet nach deutschen Standards statt und er richtet sich nach den Bildungsplänen von Baden-Württemberg. Dementsprechend nimmt die Schule auch an den allgemeinen deutschen Testverfahren teil. Es wird versucht, unterschiedliche Unterrichtsmethoden zu integrieren, offene Lernprozesse und Projektarbeit, forschendes und entdeckendes Lernen, mit mehr Materialeinsatz, sind noch nicht überall verankert. Vielfach steht die Präsentation in Form von Plakaten im Vordergrund. Schülerinnen und Schüler nehmen sehr häufig an Wettbewerben im Bereich Sprache teil. Gerade fand ein Landeswettbewerb »Kunterbunt« in der Schule statt. Hier gab es ein großes Angebot an Aufgaben, die die Sprachkompetenz der Kinder herausfordert. Das Besondere dieser Schule ist die Zweisprachigkeit. Die Schülerinnen und Schüler werden in ihrer Muttersprache, sowie in der deutschen Sprache ausgebildet. Die Hauptfächer werden zum größten Teil für alle Kinder auf Deutsch unterrichtet. Gefördert wird die Schule von der Audi Hun-

garia Schule-Stiftung, eine öffentliche Träger – und Betreiberstiftung und vom ungarischen Staat. Im Kindergarten, sowie in der Grundschule haben die Gruppen 25 bis 28 Kinder. Die Gruppengröße entspricht nicht den Anforderungen und dem



Seit Sommer 2016 an der ungarischen Donau: Kirsten Meyer

Anspruch der Schule, Kinder zweisprachig auszubilden. Ebenso sind die Räume zu klein, um einen handlungsorientierten Unterricht zu organisieren und durchzuführen. Sie entsprechen aber dem ungarischen Standard. Es ist kaum ein Sitzkreis möglich. Sonst steht die Ausstattung der Schule zum Beispiel mit digitalen Mitteln auf einem hohen Niveau. In der Sek. I und Sek. II sind 10-15 Kinder in einer Klasse, manchmal weniger.

Vieles im Ganztagesbetrieb

Hier wäre von der räumlichen Situation her vieles möglich. Die Schule ist zweizügig und hat insgesamt ca. 530

Schülerinnen und Schüler. Der Kindergarten und die Grundschule haben einen Ganztagesbetrieb. Von 7.00-7.30 Uhr gibt es eine Frühbetreuung und von 16.00-17.30 Uhr eine Spätbetreuung für Berufstätige. Kernzeit ist 7.50-16.00 Uhr. In der Grundschule finden in den Nachmittagsstunden hauptsächlich AGs und Lernzeitstunden statt. Mit guter Begründung können sich die Kinder teilweise vom Nachmittagsangebot befreien lassen. Das wird viel von deutschen Eltern genutzt. In der Sek. I und Sek. II wird das Thema Demokratie und Mitbestimmung für die Schüler groß geschrieben.

Lehrkräfte und Stimmungen

Es gibt allerdings keine Interessenvertretung der ungarischen Lehrkräfte dieser Schule, obwohl sie sich durchaus in verschiedenen Lehrerwerkschaften organisieren können. Die meisten Verträge der Kolleginnen und Kollegen sind unbefristet. Sie brauchen zu Beginn ihrer Tätigkeit keine Probezeit zu absolvieren und Kündigungen können nur bei schweren Vergehen ausgesprochen werden. Dennoch wirken die Kolleginnen zum Teil etwas ängstlich und es ist schwierig eine vertrauensvolle Atmosphäre herzustellen. Man begegnet sich freundlich, aber mit Vorsicht und möglicherweise manchmal auch mit Vorbehalten. Über Politik wird, wenn, dann eher hinter vorgehaltener Hand gesprochen. Fragen, die uns gestellt werden, sind oft hauptsächlich die zur Situation der Geflüchteten in Deutschland. Da kursieren die abenteuerlichsten Vorstellungen und Gerüchte über angebliche »Kriminalität« und »Fehlverhalten« von Geflüchteten.

Meine persönlichen Erfahrungen im Auslandschuldienst und an dieser Schule sind positiv. Ich möchte sie, trotz einiger Unwegsamkeiten, nicht missen. Es gibt mehr Entlastungsstunden für Teamarbeit und zusätzliche Aufgaben. Ich erfahre viel Wertschätzung meiner Arbeit aus dem Team und von der Schulleitung. Ich bin froh diesen Schritt gewagt zu haben. Es fordert mich neu heraus und das bringt mich in meiner Entwicklung sicherlich ein Stück weiter.

■ Wenn der älteren Generation der russischen und anderer postsowjetischen Gesellschaften die Frage nach Nostalgie gestellt wird, werden als wichtigste Errungenschaften des realsozialistischen Systems gute Schulbildung und Internationalismus genannt. Den Unterschied des Bildungswesens zu damals kann man auch in Russland im Zusammenhang mit den sich absondernden Nationalismen sehr deutlich beobachten. Die ersten sogenannten Jelzin-Jahre (1990er) waren von der überwälti-

Ereignissen in der Ukraine, in Syrien und nach dem Dopingkandal mit der russischen Olympiamannschaft, ist eine merkwürdige ideologische Situation in Russland entstanden. Mit einer Radikalität, die der russischen Gesellschaft nicht fremd ist, wird der Westen (vor allem die US-Amerikaner, aber auch die Deutschen) als ewiger Widersacher betrachtet, der Russland kurzfristig schwächen und langfristig zerstören will.

eine paradoxe Situation: Obgleich die offiziellen Medien für eine einheitliche Staatsideologie plädieren, bleibt die Schule relativ entideologisiert. Dabei fallen hier die sowjetisch erzogenen Lehrkräfte, die weder religiös-nationalistische noch pro-westliche Tendenzen gut finden, ins Gewicht. Die Schülerinnen und Schüler (freundlich von den Eltern begleitet) aber konsumieren das Wissen als pragmatische Voraussetzung für ihre Karriere, ohne sich dabei ideologisch festzulegen.

Ideologie in den russischen Schulen

Ein komplexer Sachverhalt

Dr. Zurab Aloian, SZ Neustadt

genden Hoffnung auf eine schnelle Anpassung an den Westen gekennzeichnet. Die russischen Bürger und Eliten glaubten an die rasche Übernahme des westlichen Staatsmodells samt Wirtschaft, Bildung und Armee. Heute klingt es unvorstellbar, aber der erste russische Vizepräsident, Ruzkoj, befürwortete öffentlich Russlands Mitgliedschaft in der Nato.

Die Enttäuschung über den Westen war umso größer, als dem kleinen Mann und der kleinen Frau klar wurde, dass die Prozesse länger dauern würden und die politischen Wahrnehmungen sowohl in Russland, wie auch in den Nachfolgerstaaten der UdSSR und denen des Westens nicht deckungsgleich waren. Die Enttäuschung durch den Westen schlug sich in dem Glauben nieder, dass nicht der Sozialismus, sondern Russlands Größe und Anderssein vom Westen abgelehnt würden. Die Putin-Jahre begannen mit der modifizierten sowjetischen Hymne und mit verbalen Hinweisen auf die glorreiche Vergangenheit. Als der russischen Bereitschaft, den USA und Westeuropa in den globalen Konflikten behilflich zu sein, keine Resonanz beschieden war, wurden mehr und mehr nationalistische Töne angeschlagen. Heute, nach den



Putin in der Schule: Ob er gerade den Dreisatz erklärt?

Ideologische Prämissen im Bildungswesen

Die zahlenmäßig kleine prowestlich-liberale Elite der 1990er Jahre spielt immer noch eine wichtige Rolle in den geisteswissenschaftlichen Forschungen und bei der Erstellung der schulischen Lehrpläne. Diese Leute, im Allgemeinen als Liberale bezeichnet (bzw. angefeindet), sind auch in der Medienlandschaft und in den Ministerien aktiv und sichtbar. Wohl gemerkt, trotz ihrer abnehmenden Basis in der Bevölkerung. Der Großteil der Ideologen ist dagegen entweder großrussisch-nationalistisch, orthodox-religiös oder, wie im Falle der muslimisch geprägten Regionen, islamistisch und nationalistisch (wie beispielsweise in Tschetschenien oder Tatarstan) motiviert. Die wirtschaftliche Realität in Russland zwingt jedoch viele Menschen, ihr Leben außerhalb der dominierenden Ideologien zu gestalten. So entsteht

Nationales Selbstbewusstsein

Es gibt viele Umfragen unter den Studenten, die zeigen, dass sie sich an die Inhalte der Literatur- und Geschichtsschulbücher nicht mehr erinnern können. Die propagierte »geistige Bindung« (neurussischer Begriff »duchovnaja skrepa«), die die Russische Orthodoxe Kirche als Bindeglied aller staatlichen Traditionen festmacht, geht an vielen jungen Leute völlig vorbei. Die angeordnete Staatsideologie, d.h. die sozialen Kenntnisse und Ideensammlungen, die bestimmten Klassen zugute kommen und die die Kirche in den Mittelpunkt stellen, erweist sich als wenig tauglich für die russische Gesellschaft, die im gewissen Sinne ideologieimmun geworden ist. Infolgedessen sind die Versuche des Staatsapparats, seine Interessen als gesamtrussisch zu demonstrieren, weitgehend erfolglos.

Dieses Ergebnis ist nachvollziehbar und beweist, wie schwach die gewünschte Bindung (»skrepa«) zwischen der korrumpierten wirtschaftlich-politischen Elite und der Bevölkerung ist. Dies darf aber nicht so interpretiert werden, als ob das russische nationale Selbstbewusstsein ohnmächtig wäre. In den entscheidenden Momenten, wenn Gefahr für die Staatlichkeit besteht, agieren die verfeindeten Schichten vereint gegen die Gefährdung von außen. So war es in den Napoleonischen Kriegen, im Zweiten Weltkrieg und ist es auch in der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem Westen. Es geht lediglich darum, dass die russische Gesellschaft, aus bitterer Erfahrung, keinem übergeordneten ideologischen Rahmen mehr traut.

Kulturelle Konstanten

Abgesehen von einer gewissen Unzuverlässigkeit aller soziologischen Umfragen, kann man die verbreitete Zustimmung der Russen zu Putins Politik (mehr als 80 Prozent), zu ihrer orthodox-christlichen Identität (77 Prozent) und zur Rechtfertigung von Stalins Herrschaft (etwa 50 Prozent) als eine Beipflichtung zum Staat interpretieren. Putin, die Kirche oder Stalin sind nichts anderes als Symbole des Vorhandenseins Russlands. Und das trotz aller ideologischen Injektionen, die gegensätzlicher nicht sein könnten (Religion-Kommunismus-Liberalnationalismus). Hier wächst in der Gesellschaft eine interessante Meinung heran, nämlich die, dass die Geschichte des zaristischen, des sozialistischen und des heutigen Russland über eine Kontinuität verfüge. Und die russischen Schulbücher folgen diesem Bild. Die Oktoberrevolution wird nicht ausschließlich positiv betrachtet, aber ihre Folgen und Repressalien werden nicht akzentuiert. Die Monumente von Iwan dem Schrecklichen wurden genauso errichtet wie die Denkmäler für die Opfer von Stalins Terror. Die Ermordung der polnischen Offiziere in Katyn wird anerkannt. Gleichzeitig wird seit 2005 am 4. November »Der Tag der Einheit des Volkes« als Nationalfeiertag wieder eingeführt, dessen Anlass die 1612 erfolgte Befreiung Russlands von der polnisch-litauischen Besetzung ist.

Das Wahlfach »Grundlagen der Orthodoxen Kultur und die Säkulare Ethik« in den russischen Provinzen wird in den Großstädten als »Grundlagen der Weltreligionen« und in den nationalen Regionen als »Grundlagen der traditionellen Religionen Russlands« (Christentum, Islam, Buddhismus und Judentum) bezeichnet. Hier geht es wiederum nicht um eine organisierte Differenzierung, sondern um die verselbstständigten Prozesse der Legitimation des russischen Staates in der historischen Perspektive.

Wunsch nach innerem Frieden

Genauso verhält es sich bei den klassischen Schriftstellern. Dostojewski, der bis zum Ende seines Lebens nicht entscheiden konnte, ob es Gott gibt oder nicht; Tolstoi, der von der Kirche exkommuniziert wurde, und sogar Lermontov, der religionskritisch war, werden in den Unterrichten als kulturelle Christen charakterisiert, ohne ihre Konflikte mit der Kirche groß zu thematisieren.

Solche Kompromisse spiegeln nicht nur den Wunsch nach innerem Frieden wider, sondern auch eine komplexe Schülerschaft. Die föderale Gliederung Russlands beinhaltet auch die ethnisch nicht-russischen Regionen (etwa wie Bundesländer): 22 Teilrepubliken, vier autonome Kreise und ein autonomes Gebiet. Dazu kommt die Tatsache, dass Russland nach den Vereinigten Staaten das zweitgrößte Zielland von Migranten weltweit ist. In vielen Schulen der Großstädte und ihrer Vorstädte sind die einheimischen Kinder in der Minderheit, was eine gewisse ideologische Flexibilität der örtlichen Lehrkräfte und Behörden verlangt. Dabei greifen die Lehrkräfte auf die sowjetischen Erfahrungen zurück, als in den Schulen den Kindern, die bis dahin kein Russisch sprachen, die russische Sprache erfolgreich beigebracht wurde.

Abschließend kann man sagen, dass der ideologische und praktische Rahmen in den Schulen Russlands eher von den vielfältigen Gesellschaftsstrukturen in den Regionen als von dem Staat gesetzt wird. Die seit Jahrhunderten existierende geistige Trennlinie zwischen dem Staat (sprich seinen Eliten) und den Ein-

wohnern ist nicht verschwunden. Diese Konstellation macht das Schulwesen beweglich und verhindert eine einheitliche Staatsideologie auf dem gesamten Staatsgebiet. Der gemeinsame Nenner allerdings bleibt ein großes und starkes Russland und die mächtige Position der russischen Sprache und Literatur.

Fortsetzung von Seite 14

abgestimmte Plan wurde durchgesetzt, indem man zunächst alle Lehrer in einem einzigartigen Tarifkonflikt für 4 Wochen aussperrte, wonach die Regierung die Forderung der Arbeitgeber in einem Gesetz festschrieb, das dann diesen Arbeitskonflikt beendete.

Seitdem lecken die Lehrer ihre Wunden, und trotz einer Reduzierung der Lehrerzahl um mehr als 10 % kämpfen die kommunalen Schulen nun mit einem akuten Lehrermangel. Die Privatschulen, die nicht von diesen Regelungen betroffen sind, erleben einen riesigen Zuwachs an Schülern und Lehrern. Meine Frau unterrichtet seit einem Jahr ebenfalls an einer Privatschule. Privatschulen in Dänemark haben aber einen anderen Charakter als in Deutschland, oft sind es freie, reformpädagogisch orientierte Schulen.

Langsam gewinnen die Lehrer jedoch verlorengangenes Terrain zurück. In zwei von drei Kommunen gibt es jetzt wieder Arbeitszeitvereinbarungen zwischen Lehrgewerkschaft und Arbeitgeber.

Fakten:

Anzahl Schulen: 1.800

(1.300 kommunal, 500 privat)

Anzahl Schüler: 660.000, davon

110.000 in Privatschulen

Anzahl Lehrer: gut 60.000 – fast alle in

der Lehrgewerkschaft DLF organisiert

Klassengröße: 21,8 pro Klasse

Finanzierung: kommunal, ungefähr

8.500 Euro pro Schüler

Anzahl Gymnasien: 150

Anzahl Schüler: 150.000, davon

90.000 im allgemeinen Gymnasium

Anzahl Lehrer: 14.500

Klassengröße: 26 pro Klasse

Finanzierung: staatlich, ungefähr

9.000 Euro pro Schüler

■ Die Europäische Union hat in vielen Bereichen der europäischen Politik große Kompetenzen und Entscheidungsfreiräume, wie zum Beispiel in der Außenhandelspolitik, Währungspolitik, dem Wettbewerbsrecht und der Zollunion. Die Bildungspolitik steht dagegen für einen Politikbereich, in dem die Mitgliedstaaten alleinige Kompetenzen haben, und in der die EU lediglich eine Koordinierungs- und Unterstützungsfunktion übernimmt. Dabei wäre doch für Europa gerade

Koordination statt Kompetenz

Die Bildungspolitik der Europäischen Union

Tammo Toppe

in diesem Bereich ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten, grundlegenden Zielsetzungen und Ausgestaltungen wünschenswert, um den Gedanken der politischen Union zu fördern, einer Union, die nicht an der Tür zum Klassenzimmer aufhört, die all ihren Bürgern ein gleiches Maß an Bildung garantiert und vor allem Werte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte lehrt und vertritt. Mit anderen Worten sollte eine europäische Bildungspolitik, wie auch von der Europäischen Kommission gefordert, zu einem europäischen Bewusstsein beitragen.

Wichtige Stellschraube

Die Bildungspolitik könnte als eine wichtige oder vielleicht die wichtigste Stellschraube im Maschinenraum der Europäischen Union werden, an der weiter gedreht werden muss, um das Fortbestehen des Projektes Europa zu sichern. Es sollte für die Staatschefs aller Mitgliedsländer von gleichem Interesse sein, nicht nur Vereinbarungen zu treffen, die z.B. Schulabschlussquoten betreffen, sondern Zielsetzungen zu formulieren und Prozesse in Gang zu setzen oder zu unterstützen, die die junge Generationen nicht nur befähigen in ihren Staaten zu verant-

wortungsvollen Bürgerinnen und Bürgern heranzuwachsen, sondern auch eine politische Identität für Europa zu entwickeln.

Starkes Spannungsverhältnis

Momentan unterliegt jedoch die europäische Bildungspolitik einem starken Spannungsverhältnis zwischen dem Rat der Europäischen Union, also den nationalen Regierungen, und der Europäischen Kommission, die für die Interessen aller Bürger der EU steht. Laut Artikel 165 des Vertrages von Lissabon, der seit 2009 in Kraft getreten ist und die Kompetenzen zwischen der EU und ihren Institutionen und den Mitgliedstaaten regelt, liegt die Entscheidungskompetenz im Bereich Bildungspolitik weiterhin ausschließlich bei den Mitgliedstaaten. Die EU hat immer noch lediglich eine Koordinierungs- und Unterstützungsfunktion. Schon die Römischen Verträge von 1957 sahen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft für die Europäische Gemeinschaft keinerlei Kompetenzen vor. Die Entscheidungsbildung verlief ausschließlich auf nationaler Ebene, im föderalen System Deutschlands sogar auf Landesebene. Einig war man sich damals darin, dass zum Zwecke der Wirtschaftsstärkung der berufsbildende Bereich zu fördern sei. Auch wurden Richtlinien zur Anerkennung von Diplomen und anderen Befähigungsnachweisen erlassen. In den kommenden Jahren stand wohl weiterhin die wirtschaftliche Dimension im Vordergrund und nur selten wurden bildungspolitische Fragen auf die Tagungsordnung gesetzt, doch konkretisierten sich Zielsetzungen für eine europäische Bildungspolitik. Verbesserungen wollte man in Ausbildung und Bildung, in der Abstimmung zwischen den Bildungssystemen, in der Zusammenstellung von Statistiken und Dokumentationen im Bildungswesen, im Hochschulwesen, in der Fremdsprachenförderung und in der Chancengleichheit für den Zugang zu allen Bildungsformen.

Maastrichter Vertrag 1992

Doch erst mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 kam Schwung in einen allgemeinen Bildungsgedanken. In

diesem Vertrag erhielt die Europäische Gemeinschaft den deutlichen Auftrag, die Entwicklung qualitativ hochstehender Bildung zu fördern. Die EU entwickelte in der Folge eine Fülle von Maßnahmen, die den Austausch zwischen den Bildungssystemen ihrer Mitgliedsstaaten fördern sollte, z.B. Erasmus, Sokrates, Leonardo. Im Vergleich zu den Anfangsjahren erfährt seit Maastricht die europäische Bildungspolitik einen deutlichen Integrationsschub. Trotz begrenzter Kompetenzen erhält sie auch einen erkennbaren Anteil aus dem EU-Haushalt. Glaubt man, dass dies ausschließlich das Verdienst engagierter Bildungspolitik sei, so wird man enttäuscht. Verbesserungen resultieren aus den großen Berührungsf lächen zwischen dem Bereich Bildung und dem europäischen Binnenmarkt. Der Wunsch nach einer reibungslosen Umsetzung und Sicherung eines fairen Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt veranlassten die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission mit weitreichenden Kompetenzen im Bereich Bildung auszustatten. Nach Lissabon wurde die Parole »Bildung und der Weg zum Aufschwung« ausgerufen. Hochwertige Bildungs- und Ausbildungssysteme sollten als Mittel zur Stärkung der künftigen Wettbewerbsfähigkeit dienen. Eine »wissende« und gut ausgebildete Bevölkerung stärke im Zeitalter der Globalisierung den Wirtschaftsstandort Europa! Ein Beispiel ist auch der von der EU initiierte »Bologna Prozess«, welcher auf die Harmonisierung von Universitätsabschlüssen in ganz Europa abzielte.

Bologna 2002

Leider bestätigen diese Maßnahmen die oft geäußerte Kritik, dass für die Europäische Union die Dimension der wirtschaftlichen Integration, also die Harmonisierung des Binnenmarktes im Mittelpunkt steht. Das Leitbild eines Europas der gebildeten Bürger wurde verdrängt. In Bologna 2002 beschlossen die europäischen Bildungsminister die Erhöhung der Qualität der Bildungssysteme, die Erleichterung des Zugangs zur Bildung für alle und die globale Öffnung der europäischen Bildungssysteme. Diese Leitziele bieten aller-

dings keinen Rahmen für eine Harmonisierung und geben für einzelne Mitgliedstaaten keine konkreten Vorschriften für beispielsweise Unterrichtsgestaltung oder Unterrichtsinhalte. Auch die damals verabschiedeten bis 2010 zu erreichenden

einen rein wirtschaftspolitischen zu reduzieren. Mir geht es nicht darum, die Souveränität der Mitgliedsstaaten in Frage zu stellen. Die in den Verfassungen der Länder formulierten Bildungsgedanken könnten jedoch als inspirierende Grundlage für eine

gliedstaaten, diese in ihren Bildungseinrichtungen umzusetzen, sollte angestrebt werden. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ergeben sich nicht von selbst. Jede Generation wird wieder darum ringen müssen.



Schöne neue Welt der Digitalisierung – bald in ganz Europa?

fünf Zielmarken lassen nicht die Entwicklung eines gemeinsamen umfassenderen Bildungsgedanken erkennen:

1. Der Durchschnitt der Schulabbrecher soll auf höchstens 10% reduziert werden.
2. Die Zahl der Studienabschlüsse in Mathematik und Naturwissenschaft soll um wenigsten 15% gesteigert und der Anteil von Frauen erhöht werden.
3. Wenigsten 85% der über 22-Jährigen soll die Sekundarstufe abgeschlossen haben.
4. Die Zahl der 15% Jährigen mit Leseschwäche soll um mindesten 20% gesenkt werden.
5. Mindestens 12.5% der berufstätigen Bürger sollen lebensbegleitend lernen.

Landesverfassung als Grundlage

Es stellt sich die Frage, ob die Europäische Gemeinschaft es sich bei den Herausforderungen unserer heutigen Zeit noch leisten kann, den gemeinsamen Bildungsgedanken nur auf

Harmonisierung auf europäischer Ebene und schlussendlich einem europäischen Bildungsmodell dienen. In der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, wurden in Artikel 26 die wichtigsten Leitziele formuliert, die die Erziehung in diesem Bundeslandes bestimmen sollen. So wird beispielsweise die Erziehung zu einer Gemeinschaftsgesinnung, »die auf der Achtung vor der Würde jedes Menschen und auf dem Willen zu sozialer Gerechtigkeit und politischer Verantwortung beruht, zur Sachlichkeit und Duldsamkeit gegenüber den Meinungen anderer führt und zur friedlichen Zusammenarbeit mit anderen Menschen und Völkern aufruft« angeführt. Mit ausreichenden Kompetenzen versehen könnte die Europäische Kommission Ähnliches und mehr auf europäischer Ebene formulieren und einfordern. Ein in Europa allumfassend harmonisierter Lehrplan mag nicht unbedingt das Ziel sein, aber die Einigung auf gemeinsame, grundlegende demokratische Bildungswerte und die Verpflichtung der Mit-

Nicht nur Wirtschaftspolitik

Die Herausforderungen, denen sich Europa zur Zeit und auch in der Zukunft stellen muss, sind nicht nur durch wirtschaftspolitisches Handeln zu lösen, sondern erfordern auch ein hohes Maß an kollektiver sozialpolitischer Kompetenz über die Grenzen eines einzelnen Staates hinaus. Viele Bürger haben dies erstmals gespürt und ein Ahnung davon bekommen, was es heißt, nicht nur Bürger des eigenen Landes, sondern auch Bürger Europas zu sein. Die erschreckende Zunahme nationalstaatlichen Denkens und Forderungen nach Abschottung verdeutlicht, wie unsicher sich viele Menschen im europäischen Denken fühlen. Wollen wir ein friedliches und prosperierendes Leben in Europa zukünftig gestalten, werden wir um eine Einigung auf gemeinsame umfassendere bildungspolitische Werte und deren Umsetzung nicht mehr herumkommen.

Text leicht gekürzt, vollständige Fassung auf www.gew-hb.de

■ Bei der Inklusion müssen wir »kräftig nachlegen, da haben wir noch Ausstattungsdefizite«, gibt die Kinder- und Bildungsministerin Bogedan zu. Sie will allen Kindern einen Kita-Platz bieten. Wird sie das schaffen? Mit einer Vergrößerung der Gruppen? Eltern und Erzieher/innen gehen auf die Barrikaden. Die BLZ fragte nach. Die Ministerin nahm sich gut 60 Minuten Zeit. Ein BLZ-Kommentar zu Halbbilanz und ihren Äußerungen ist auf Seite 3 zu lesen.

»Wir müssen uns in beiden Städten noch viel mehr anstrengen«

Bildungsministerin Claudia Bogedan im BLZ-Interview

Karsten Krüger

Frau Bogedan, es ist »Halbzeit«. Zwei Jahre sind Sie im Amt, zwei Jahre sind es bis zur Bürgerschaftswahl. Die Bildungspolitik ist im Land ein Dauerbrenner. Was bleibt noch zu tun bis 2019?

Das ist eine gute Frage. Hinter einigen Projekten aus dem Koalitionsvertrag können wir ein Häkchen setzen. Ressortzusammenlegung, Zuweisungsrichtlinie, Bildungsrahmenplan. Vieles ist auf den Weg gebracht, einiges ist umgesetzt.

... und jetzt, was muss noch?

Und jetzt bleibt noch ganz viel zu tun. Die Welt verändert sich. Was wir 2015 nicht geahnt haben, ist das Thema »Wachsende Stadt«. Erneut ist die Bevölkerungsprognose höher als angenommen. Unsere Aufgabe ist es, im Kita-, aber auch im Schulbereich räumliche Kapazitäten zu schaffen, Fachkräfte zu sichern, und dafür zu sorgen, dass Zugewanderte schnell Sprachkenntnisse erwerben und dann ins Schulregelsystem integriert werden. Das sind riesige Herausforderungen. Die müssen wir bearbeiten. Dafür konnten wir gute Voraussetzungen schaffen. Zum Bei-

spiel beim Sofortprogramm Mobilbauten im Kitabereich. Da haben wir uns im Senat zusammengerauft und Schritte zur Realisierung beschleunigt.

Die weit mehr als 5.000 Unterzeichner einer Petition des Bremer Bündnisses für Bildung (BBB) sind da skeptischer. Sie kritisieren darin ihre Bildungspolitik und den Senat scharf. Wie wollen sie das Fachpersonal wieder zu zufriedenen Mitarbeiter*innen machen?

Die Frage ist, über welche Ebene von Unzufriedenheit wir da sprechen. Wir wissen, dass wir die Schulen zuletzt immens belastet haben. Jede Woche, jeden Monat kommen neue Schülerinnen und Schüler in die Vorkurse und in die Klassen, das ist eine große Integrationsaufgabe. Wir wollen unsere Schulen dabei besser unterstützen.

Sie versprechen Unterstützung. Wie wollen Sie ganz konkret helfen?

Doppelbesetzungen in den Klassenräumen sind ein wichtiges Thema. Wir werden das kurzfristig nicht durchgängig für die ganze Zeit des Unterrichts in allen Klassen realisieren können, müssen uns aber stärker in diese Richtung bewegen. Der Personalmix an den Schulen ist zu verändern. Das heißt: wir brauchen mehr Unterstützungskräfte, damit sich die Lehrkräfte mehr auf das Unterrichten konzentrieren können und entlastet werden. Mehr Schulsozialarbeit ist durch das Integrationsbudget schon organisiert, diese wird im Sommer an den Schulen ankommen.

Trotz der Zuweisungsrichtlinie, nach der bei mehr Schüler*innen auch die Anzahl der Lehrkräfte steigt, hat Bremen im Stadtstaatenvergleich eine sehr schlechte Schüler*innen/Lehrkräfte-Relation.

Ja, die Zahlen sind deutlich. Wir müssen uns darüber auseinandersetzen, ob der Bedarf pro Klassenverband anders bemessen werden muss. **Stichwort Lehrkräftemangel: Waren es Fehlentscheidungen den Sportstudiengang zu schließen und den Studiengang Inklusive Pädagogik frühestens erst 2019 wieder einzurichten?**

In der Politik werden Entscheidungen immer vor dem Hintergrund der zu dem Zeitpunkt vorliegenden Fak-

ten getroffen. Die Ausgangslage war damals eine andere. Mit der Erfahrung von heute würde man das sicherlich nicht noch einmal so machen. Ich finde es schwierig von Fehlentscheidungen zu sprechen. Heute wissen wir, dass sich die Kooperation mit Oldenburg im Bereich Sportstudium als nicht tragbar erwiesen hat. Jetzt suchen wir nach anderen Modellen. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mit der Wissenschaftsministerin einen guten Modus finden werden. Wie es mit dem Planungen zum Studiengang Inklusive Pädagogik weitergeht, besprechen wir intensiv mit der Uni und machen unsere Bedarfe sehr deutlich klar.

Bremerhaven hat ein noch massiveres Lehrkräfteproblem. Jede(r) zweite Referendar*in verlässt nach der Ausbildung die Stadt und das Bundesland. Die Hauptgründe sind: Die schlechte Ausstattung in den Schulen und ein im Vergleich geringeres Gehalt. Was tut ihr Ressort, damit die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen sich wieder angleichen?

Die Frage ist: Wie kriegen wir es überhaupt hin, Referendare zu halten. Im Land Bremen bleiben acht von zehn, dabei in Bremen mehr als in Bremerhaven. Wir müssen überlegen, wie wir es besser hinbekommen, dass beide Stadtgemeinden gleichermaßen profitieren. Auch in den Stadtteilen Bremens gibt es Unterschiede. Oft sind durch geringfügige Steuerungen Effizienzgewinne zu schaffen. Wir müssen aber stärker darauf achten, was die realen Bedarfe in den Schulen sind. In Bremerhaven ist fast jedes Fach ein Mangelfach. Das kann man sich bei der Steuerung zu Nutze machen. Wichtig ist auch der Bezug zur Stadt. Wer den hat, bleibt eher. Es klafft eine Lücke zwischen den Ressourcen und den Köpfen, die zur Verfügung stehen.

Hinzu kommt, dass die Großstadt Bremen für viele attraktiver ist.

Ja. Wir müssen uns aber in beiden Städten noch viel mehr anstrengen. Die Konkurrenz wächst, Fachkräftegewinnung ist kein Selbstläufer. Auch in anderen Bundesländern wie NRW oder Niedersachsen kann man sich mittlerweile aussuchen, an welche Schulen man geht. Wir justieren



5. Etage Bildungsbehörde, das Büro von Claudia Bogedan: Der Kaffee schmeckte, die Antworten von der Senatorin weniger.

Foto:
Annette Kemp

an allen Stellschrauben, die wir zur Verfügung haben. Zum Beispiel mit einem umfassenderen Zugang zum Referendariat.

Fachkräftemangel gibt es auch im Kita-Bereich. Wie beruhigen sie die Eltern?

Wir wollen möglichst allen Kindern einen Kita-Platz bieten. Deshalb haben wir in die Mobilbauten investiert. Um ausreichend Fachkräfte zu haben, müssen wir alles Mögliche tun. Wir werden die Ausbildungskapazitäten sowie die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher im Anerkennungsjahr erhöhen. Es ist verabredet, dass mehr sozialpädagogische Assistenzen eingestellt werden. Der Personalmix ist so zu verändern, dass Menschen aus angrenzenden Berufen befähigt werden, als Erzieher*innen zu arbeiten.

Die Eltern sind trotzdem skeptisch, ob dies überhaupt oder ob es schnell genug geht.

In Absprache mit den Trägern versuchen wie die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es leichter gelingt, Fachkräfte zu gewinnen. Manches

wird aber nicht sofort wirken. Bei den Einstellungen können wir nur darauf vertrauen, dass es gelingt. Auch kurzfristige Maßnahmen werden wir möglicherweise nochmal genauer angucken müssen, damit im Sommer genug Personal da ist. Auch mit arbeitsorganisatorischen Maßnahmen können wir einiges verbessern und beispielsweise vollzeitähnliche Beschäftigung aus einer Teilzeitbeschäftigung schaffen.

Teilzeit hat in der Regel gute Gründe. Nach der Pflichtstundenerhöhung für Lehrkräfte hat sich die Teilzeitquote erhöht. 28 Stunden zum Beispiel im Grundschulbereich sind kaum zu schaffen. Entlastungsstunden würden zur Verringerung der Quote führen.

Genau. Meine Partei diskutiert das sehr laut. Ich habe mir diesen Vorschlag zu eigen gemacht und werde ihn auch in den anstehenden Haushaltsberatungen einbringen. Durch Entlastungsstunden kann die Attraktivität von Tätigkeiten an Schulen gesteigert werden. Das gilt insbesondere in sozial belasteten Stadtteilen.

Kommen wir zur Inklusion. Das Land Bremen und Ihre Vorgängerinnen haben sich – im Vergleich – sehr früh dafür entschieden. Bei der Umsetzung gibt es aber massive Probleme. War der Zeitpunkt der Entscheidung und sind die Umsetzungsschritte zu ambitioniert?

Das ist eine Bewertung über die Vergangenheit. Wichtig ist doch, was wir jetzt machen, um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Ich habe bisher keinen Hehl daraus gemacht, dass wir dort noch kräftig nachlegen müssen. Es gibt mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Deshalb haben wir erheblich zusätzliche Ressourcen eingeworben. Diese werden den Schulen sukzessive zur Verfügung gestellt.

Es bleibt aber bei der Zwickmühle: die höchste Inklusionsquote im Bundesgebiet und eine mehr als dürftige Schüler*innen-Relation. Das passt nicht zusammen. Damit produziert man Unzufriedenheit.

Angekündigtes haben wir eingehalten. Wir haben Lehrkräfte eingestellt, die PEP-Quote galt da nicht. Auch

Lehrkräfte in anderen Bereichen sind zusätzlich eingestellt worden. Die stehen in den Schulen zur Verfügung.

Nervt es, dass Sie jetzt vieles ausgleichen müssen? Hätten Sie – wenn Sie früher in Verantwortung gekommen wären – die Einführung der Inklusion besser vorbereitet?

Es ist immer leichter, rückblickend zu sagen, was man früher anders gemacht hätte. Mit den Erfahrungen von heute, hätte man die Inklusion mit Sicherheit anders eingeführt.

»In NRW tun sich viele mit Vielfalt und Inklusion schwer«, haben Sie die Politik Ihrer Parteifreundin Hannelore Kraft kritisiert. Und Sie seien »froh, dass Ihre Kinder in Bremen zur Schule gehen werden.« ÜBei den massiven Inklusionsproblemen hier im Land, diese Aussage müssen sie unseren Leser*innen erklären.

Wir haben noch Ausstattungsdefizite. Wir müssen die Schulen auch baulich ertüchtigen. Das kostet. Aber auf Praxis-Ebene sind unsere Schulen schon sehr weit entwickelt. Hier wird exzellente, hochprofessionelle pädagogische Arbeit geleistet und das unter schwierigen Bedingungen. Auf Bremen wird als Vorbild geschaut. Das gilt auch für den Bereich der Flüchtlingsbeschulung in den Vorkursen.

Nach den Vorkursen wechseln die Kinder und Jugendlichen oft schon nach einem halben Jahr in das Schulregelsystem. Nicht alle können dort dem Unterricht folgen. Die Sprachförderung muss fortgesetzt werden.

Diese große Integrationsaufgabe steht jetzt erst an. Nach der sprachlichen Erstintegration brauchen wir Angebote, die darüber hinaus gehen. Bestehendes würden wir gerne ausbauen.

Ressourcen heißt meistens Geld. Der dringend notwendige Schulbau kostet viel Geld. Er ist aus dem aktuellen Bildungshaushalt nicht zu finanzieren. Befürworten Sie ein Sonderprogramm, wie es das BBB vorschlägt?

In den nächsten zwei Jahren benötigen wir Planungsmittel, um Schulbaumaßnahmen vorzubereiten. Ab 2020 müssen die erweiterten Handlungsspielräume im Haushalt genau dafür genutzt werden.

Seit Jahren ist der Bremer Bildungshaushalt unterfinanziert. Die Eckwerte für 2018 und 2019 sehen zusätzliche Mittel von je neun Millionen Euro vor. Reicht hinten und vorne nicht um den aktuellen Bildungsnotstand zu beseitigen, sagen alle Experten. Wie und mit welchen Argumenten wollen Sie im Senat um mehr Geld werben.

Die Verabredung ist: Bildung soll der absolute Schwerpunkt sein. Ein Ausdruck dafür sind diese sogenannten Verstärkungsmittel, also die neun Millionen Euro pro Jahr zusätzlich. Ich vertraue darauf, dass der Senat den Schwerpunkt auch entsprechend setzt. Das ist nötig, denn Bremen hat zum Beispiel einen hohen Anteil von neuen Schüler*innen, die erst ein Jahr in Deutschland leben. Das kann mein Ressort nicht so einfach aus den Bordmitteln bestreiten, da brauchen wir zusätzliche Unterstützung. Das ist eines der stärksten Argumente, damit die Schulen weiter gute Arbeit machen können.

Vielen, denen gute Bildung in Bremen wichtig ist, liegt aber die Statistik, dass hier dennoch ca. 2.000 Euro weniger pro Schüler ausgegeben wird als in anderen Stadtstaaten, schwer im Magen. Das sind im Vergleich ca. 20 Prozent weniger. Sehen Sie Chancen dies zu korrigieren?

Ich glaube nicht, dass wir mit einem kalten Schlag bei den Ressourcen nach oben springen können. Wenn es uns weiter gelingt, mehr Mittel als zuvor einzuwerben, kommen wir dem Ziel näher, auch pro Kopf mehr Ressourcen zur Verfügung zu haben. Mein Ziel ist es eher, im Klassenkontext durch mehr Personal Entlastung zu schaffen.

Große, pädagogische Ansprüche mit geringeren Mitteln umsetzen zu wollen, führt zu Überarbeitung und Frustration des Lehrpersonals.

Mein Anspruch ist keinesfalls, aus den Lehrkräften mehr herauszuquetschen. Das Gegenteil ist der Fall. Es muss überlegt werden, wie man Verstärkungsressourcen gewinnen kann. Das ist uns mit den jüngsten Haushalten und der Zulage bei der Besoldung gelungen. Ich denke, das ist ein wichtiges Signal.

Wertschätzung kann man auch durch das Gehalt oder die Besoldung ausdrücken. Die Zulage für

Grundschullehrkräfte sehen Sie als ersten Schritt hin zu A 13. Wann gibt es A13 für alle?

Wir sind jetzt noch nicht in der Lage A 13 für alle umzusetzen. Bremen kann diesen Schritt als Haushaltsnotlageland nicht als erstes Bundesland gehen. Aber wir machen jetzt, was wir an Möglichkeiten haben. Wir sehen, welche Arbeit geleistet wird. Es gibt keine Unterschiede bei der Tätigkeit in verschiedenen Schularten, darum darf es eigentlich auch keine Unterschiede bei der Bezahlung geben. Im Gegenteil. Die Grundschullehrkräfte sind für uns ein ganz wichtiger Baustein der gesamten Bildungskette.

Trotz Jugendberufsagentur und Ausbildungsgarantie – beides Wahlversprechen ihrer Partei – warten viele Jugendliche und junge Erwachsene bis zu neun Monate auf einen Schulplatz oder eine Beratung in den Beruf. Was läuft da schief?

Anfang des Jahres 2016 hatten wir Probleme alle zugewanderten Schulpflichtigen zu erfassen. Wir haben dann das Verfahren geändert. Mir ist eine Herzensangelegenheit, dass kein Jugendlicher monatelang auf einen Platz warten muss. Fakt ist: für alle Schulpflichtigen haben wir einen Schulplatz.

Es hieß damals »Keiner soll verloren gehen«. Dieses Motto gilt weiter. Aber dieses Ziel wird nicht erreicht.

Das sind genau die Jugendlichen, die in der Zeit vor der Wirkung der Jugendberufsagentur nicht erreicht worden sind. Wir haben jetzt andere rechtliche Möglichkeiten, um zum Beispiel Daten weitergeben und nutzen zu können. Jugendliche können jetzt ab Klasse acht, also bevor sie die Schule verlassen, angeschrieben werden. Sie sind dann im System und sie können beraten werden. Diesen frühen Kontakt gab es vorher nicht.

Sie sind nicht enttäuscht, dass die Veränderungen so lange dauern?

Ich bin überhaupt nicht enttäuscht. Viele Beteiligte arbeiten jetzt anders als vorher, es sind neue Schnittstellen entstanden. Solche Prozesse und Umstrukturierungen brauchen ihre Zeit. Jetzt greifen die neuen Maßnahmen. Die Früchte werden wir in den nächsten zwei, drei Jahren ernten können.

Gender contra Genderwahn

Ein wichtiger Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft – auch im Land Bremen

Romina Schmitter

»Dieser Gender-Kram hat das Potenzial für ein ganzes Satire-Programm« – so die Publizistin Birgit Kelle vor ihrem Auftritt im Bremer Presse-Club; »niemand weiß, was Gender genau bedeutet«¹.

Hätten sie und die gegenwärtige »Anti-Genderfront«, die am rechten Rand des politischen Feldes zur »Repolarisierung der Geschlechter« aufruft², im Internet oder Brockhaus nachgesehen, hätte sie wissen können, dass der Begriff »neben der biologischen Zugehörigkeit eine fundamentale soziale Zuordnung« bedeutet, »mit der ungleiche Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlichen Ressourcen legitimiert werden«, und dass Gender-Mainstreaming nichts Schlimmeres verfolgt als die »Verwirklichung geschlechtergerechter Strukturen«³. Dabei hat diese Strategie – anders als Frauenpolitik – beide Geschlechter im Blick und bezieht Alter, ethnische Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung usw. mit ein (Diversity⁴).

Gender und Gender-Mainstreaming wurden erstmalig auf der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking thematisiert, auf EU-Ebene im Amsterdamer Vertrag, der 1999 in Kraft trat, beschlossen und für die Mitgliedsstaaten verbindlich gemacht.

Wie immer, wenn es um die Demokratisierung der Gesellschaft geht, waren die skandinavischen Staaten die ersten, die Gender Mainstreaming zur Richtschnur politischen

Handelns machten, und zwar für nationale, regionale und kommunale Organisationen. Die ehemalige Vertreterin Niedersachsens im GEW-Bundesfrauenausschuss (BFA) Malwine Seemann hat in ihrer 2009 veröffentlichten Dissertation »Geschlechtergerechtigkeit in der Schule«⁵ dargestellt, wie die sogenannte »3-R Methode« des Konzepts – Repräsentation, Ressourcen und Realisierung für bzw. von Frauen und Männern – im Bildungsbereich und in den Lehrgewerkschaften Schwedens angewandt wird. Natürlich habe es auch Kritik und Widerstand gegeben; aber »mit den Fortbildungen« für die Lehrkräfte »gehe die Arbeit erfolgreich voran.«⁶

Die GEW ist dank der Initiative des BFA, dessen langjährige Vertreterin im Hauptvorstand Britta Naumann an der Pekinger Konferenz teilgenommen hatte, nicht untätig geblieben. So wurde auf dem Lübecker Gewerkschaftstag 2001 der BFA-Antrag »Gender Mainstreaming als Prinzip der GEW (Satzungsänderung)« angenommen⁷ und auf dem Gewerkschaftstag 2005 in Erfurt griff Anne Jenter bei ihrer Kandidatur für den Arbeitsbereich Frauenpolitik im Geschäftsführenden Ausschuss den Lübecker Beschluss auf: sie wolle dazu »beitragen«, »dass mit der Methode des Gender Mainstreaming die tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter erreicht wird«⁸.

Im Bremer Landesverband organisierte Hilke Emig als senatorische Beauftragte für »Koedukation und Gleichstellung« schon 1991 am damaligen Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis mit der Tagung »Schule, Geschlecht und Selbstvertrauen« die erste von vier weiteren themenverwandten Veranstaltungen⁹ und auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 2016 wurden ihre Anträge »Satzungsänderung Geschlechterdemokratie« und »Einrichtung eines Frauenreferats«, das »gewerkschaftliche Arbeit unter Gender- und Diversitätsgesichtspunkten« weiterentwickeln soll¹⁰, angenommen, der zweite sogar einstimmig, obwohl mit ihm ein »eigener Haushaltstitel« verbunden ist.

Der Name »Frauenreferat« ist eigentlich missverständlich; Frauenpolitik bleibt zwar unverzichtbar, aber bei genderorientierten Vorhaben, wie es die Gendergruppe von 2014¹¹ geplant hat, sollten auch Kollegen teilnehmen, denn von der herrschenden Ungleichbehandlung sind, wenn auch in geringerem Maße, Männer ebenfalls betroffen, z.B. durch ihre geringe Präsenz in Kindergärten und Grundschulen.

Lit.: 1 WK 28.11.2016; 2 taz 25.8.2016; 3 Brockhaus, Leipzig 2006; 4 Heinrich-Böll-Stiftung, Schriften des Gunda-Werner-Instituts Bd.7 Berlin 2009, S. 9; 5 Malwine Seemann: Geschlechtergerechtigkeit in der Schule – Eine Studie zum Gender Mainstreaming in Schweden, Bielefeld 2009; 6 ebd. S. 92; 7 Anträge Drucksache 4, S. 291; 8 Dok-Nr. 20/2005, S. 6; 9 Die Materialien sind im Landesinstitut für Schule (LIS) einzusehen; 10 Bremischer Gewerkschaftstag 26.-27.10.2016, Beschlüsse GT3/16;GT7/16; 11 BLZ 03/04-2014, S. 25; BLZ 07/08-2014, S. 19

Berichtigung zum Interview mit Rahmi Tuncer

■ In der letzten Ausgabe unterlief uns ein kleiner Fehler: Das Interview mit Rahmi Tuncer wurde nicht in der Endfassung abgedruckt, sondern in einer vorläufigen Fassung. Dadurch haben sich kleine Fehler

eingeschlichen: Der genaue Titel des Vereins lautet: »Anatolisches Bildungs- und Beratungszentrum e.V.« Die korrekte Fassung findet sich auf www.gew-hb.de.

■ Im Mai 1945 war Bremen – wie ganz Deutschland – am Tiefpunkt. Inmitten von Trümmern begann am 10. September der Unterricht in den Volksschulen. Von 150 Gebäuden waren 48 völlig zerstört und 72 mehr oder weniger stark beschädigt. Viele Familien hausten in Kellern und Behelfsunterkünften, viele Väter waren noch in Kriegsgefangenschaft. Im Januar 1946 galten 60% aller Kinder als unterernährt. Ab März 1946 gab es für sie die Schulspeisung. Von 1410 Lehrkräften wurden 783 bis

Die Gründung der GEW und ihre Entwicklung bis 1957

Jürgen Burger

März 1946 im Rahmen der Entnazifizierung entlassen, sodass akuter Lehrermangel bestand. Der Unterricht musste in den wenigen nicht zerstörten Schulen im Zwei- oder sogar im Drei-Schicht-Betrieb stattfinden. Die Kinder und Jugendlichen standen noch unter dem Einfluss der NS-Erziehung in HJ, BDM und Jungvolk. Neue Lehr- und Lernmittel gab es zunächst nicht.

Die Gründung des Vereins Bremer Lehrer und Lehrerinnen

Unter diesen deprimierenden Bedingungen machte sich eine kleine Gruppe von ca. 30 »unbelasteten« Lehrkräften daran, Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Viele davon kamen aus den 1933 abgeschafften Versuchsschulen. Ein Teil hatte damals Berufsverbot erhalten. Christian Paulmann, bis 1933 Bürgerchaftsabgeordneter der SPD, wurde von der amerikanischen Militärregierung als Bildungssenator eingesetzt. Die ehemaligen Schulleiter der Helgolander und Stader Straße, Friedrich Aevermann und Klaus Böttcher, wurden zu Schulräten. Paul Goosmann, und Hans Warninghoff, zwei ehemalige Junglehrer an der Helgolander Straße, ergriff die Initiative zur Wiedergründung des Lehrerver-

eins. Sie sammelten Unterschriften von Lehrerinnen und Lehrern und luden für den 03. Juni 1946 zu einer Versammlung im Concordia-Theater ein. Von Beginn an verfolgten sie das Ziel, die Trennung von Lehrer- und Lehrerinnenverein zu überwinden und die Lehrkräfte der höheren Schulen einzubeziehen. Die Versammlung, auf der auch Bildungsse-nator Paulmann sprach, setzte einen Arbeitsausschuss ein, der die Gründungsversammlung am 12. Juli im Hörsaal der Kunsthalle vorbereitete. Dort beschlossen ca. 130 Lehrkräfte die Gründung des »Vereins Bremer Lehrer und Lehrerinnen« (VBLL). Anschließend wurde bei der Militärregierung die Genehmigung beantragt, die im Dezember erfolgte. Schon auf der Concordia-Versammlung war als neues Organisationsprinzip die Einrichtung von Fachgruppen eingeplant worden. Damit sollte der Gefahr einer Wiedergründung berufsständischer Konkurrenzverbände vorgebeugt werden. Entscheidend war dabei das Einverständnis der Lehrkräfte der höheren Schulen, die sich am 18. September 1946 trafen und nach kontroverser Diskussion den Eintritt in den VBLL empfahlen. Die erste Hauptversammlung am 09. Oktober 1946 wählte den Vorstand, bestehend aus Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten. Vorsitzender wurde Paul Goosmann.

Der Eintritt in den Deutschen Gewerkschaftsbund

Etwa gleichzeitig mit der Bremer Organisation hatten sich die »Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens« (der alte Hamburger Lehrerverein) und der »Gesamtverband Braunschweigischer Lehrer« neu gegründet. Deren Vorsitzende Max Traeger und Heinrich Rodenstein luden im Oktober 1946 zu einem Treffen der örtlichen Verbände in der britischen Zone ein, an dem auch Paul Goosmann als Vertreter der amerikanischen Enklave Bremen teilnahm. Hier wurde vereinbart, einen Gesamtverband der Lehrkräfte und dessen Anbindung an die freien Gewerkschaften anzustreben. Es

wurden Hauptausschüsse gebildet und Bremen übernahm dabei den Erziehungswissenschaftlichen Ausschuss. Die Frauen verzichteten auf eine eigene Vereinsgründung unter der Bedingung, dass ihnen eine Mindestzahl von Mandaten im Vorstand zugesichert wurde. Auf der folgenden Gründungsversammlung des »Allgemeinen Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes« (ADLLV) am 09./10. Januar 1947 in Detmold wurde die Aufnahme von Verhandlungen mit den Gewerkschaften beschlossen. Bedingungen des Beitritts waren Finanzautonomie und eigene Vorstandswahl, schulpolitische Eigenständigkeit und ein Bekenntnis des Gewerkschaftsbundes zum Beamtenstatus. Diese letzte – aus heutiger Sicht konservative – Bedingung entsprach dem Mehrheitswillen der Lehrkräfte, die auf die »wohlerworbenen Rechte der Beamtenschaft« nicht verzichten wollten und eine von den Besatzungsmächten erwogene Einbeziehung der Beamten in die allgemeine Sozialversicherung ablehnten. Nachdem der Gewerkschaftsbund diese Bedingungen anerkannt hatte, wurde auf der Vertreterversammlung des ADLLV in Dortmund am 21. Mai 1948 der Beitritt beschlossen. Die neue Bezeichnung »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft« galt zunächst nur für die britische Zone. Erst später kamen die Vereine aus der amerikanischen und französischen Zone hinzu. Die örtlichen Lehrervereine, die dem ADLLV angehörten, schlossen sich nach und nach zu GEW-Landesverbänden zusammen. In Bremen wurde der Landesverband, bestehend aus dem VBLL, dem Bremerhavener Lehrerverein und dem Lehrerverein Bremen-Vegesack, am 19. April 1950 gegründet. Trotz der Zugeständnisse des DGB in Fragen des Berufsbeamtentums gelang es nicht, in Westdeutschland eine gemeinsame Organisation aller abhängig Beschäftigten zu schaffen. Neben dem DGB entstand der Beamtenbund, dem sich eine Minderheit der Lehrkräfte, insbesondere aus den höheren Schulen, anschloss. In Bremen wurde der Philologenverband 1951 wieder gegründet.

Die Schulreform von 1949 – der Streit um die sechsjährige Grundschule

Auch wenn in den ersten Jahren nach dem Krieg materielle Not und Entnazifizierung die vordringlichsten Fragen waren, die die Lehrkräfte beschäftigten, so begann doch sehr früh eine Debatte um die zukünftige Schulreform. Initiatoren waren die US-Administration und die Reformpädagog*innen, die den Krieg überlebt hatten und nun in der Bildungsbehörde und im VBLL-Vorstand stark vertreten waren. Bereits im Winter 1945/46 legte die Behörde einen Lehrplänenwurf vor, der insbesondere auf neue historisch-politische Inhalte Wert legte. Klaus Böttcher entwickelte ein Konzept für das »Pädagogische Seminar«, das dringend benötigte junge Lehrkräfte ausbilden sollte. Ab Herbst 1947 lieferte das »Curriculum and Textbook Center« neue Lehr- und Lernmittel. Im Januar 1947 hatte die US-Militärregierung Grundsätze zur Demokratisierung des deutschen Bildungswesens herausgegeben, in denen gefordert wurde: »Volksschule und Höhere Schule sollen zwei aufeinanderfolgende Stufen sein und nicht zwei verschiedene Arten oder Gütegrade der Erziehung.« In Anlehnung daran sandte der Vorstand des VBLL anlässlich der Beratungen über die Bremer Landesverfassung den Parteien 1947 seine »Schulforderungen«. Darin bekannte er sich zur »demokratischen Einheitsschule« und wandte sich gegen konfessionelle Schulen. Die »Education Division« der Militärverwaltung, die Bildungsbehörde und der VBLL einigten sich auf die sechsjährige Grundschule als ersten Schritt zu einem demokratischen, nicht ständisch gegliederten Schulwesen. Dies war in der Mitgliedschaft des VBLL umstritten. Im März 1948 fand in den Kollegien eine Urabstimmung zu der Frage statt: »Soll Ostern 1948 die sechsjährige Grundschule eingeführt werden?« Von 1282 abgegebenen Stimmen erklärten sich 465 mit Ja und 817 mit Nein. Der VBLL hatte zu diesem Zeitpunkt 867 Mitglieder. Ein Teil der Nein-Stimmen richtete sich nur gegen den frühen Zeitpunkt, ein Teil jedoch lehnte die Reform ab. Im April 1949 trat das neue Schulgesetz



Kundgebung am ersten Mai 1949 im Bremer Bürgerpark. 1948 hatte der Allgemeine Deutsche Lehrer- und Lehrerinnenverband (ADLLV) beschlossen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund beizutreten. Foto: Staatsarchiv Bremen

in Kraft. Nach der sechsjährigen Grundschule sah es die »Volksoberschule« vor, hinter deren »Zweigen« sich die alten Schularten verbargen (Zweig A: Volksschule; Zweig B: Mittelschule; Zweig C: Wirtschaftsoberschule; Zweig D: Gymnasium).

Die Umsetzung der Schulreform erfolgte unter widrigen Bedingungen. Es fehlte immer noch an Lehrkräften und Räumen. Bis weit in die 50er Jahre gab es Schichtunterricht und hohe Klassenfrequenzen. CDU, FDP, der konservative »Elternbund« und der Beamtenbund forderten

bereits im Bürgerschaftswahlkampf 1951 die Rückkehr zum »bewährten« Modell. Erschwerend kam hinzu, dass in Hamburg und Schleswig-Holstein die sechsjährige Grundschule wieder abgeschafft wurde. 1954 setzte die Bremische Bürgerschaft einen »Grundschulausschuss« ein. Dessen Mehrheit empfahl, für Kinder mit »früh erkennbarer theoretischer Begabung« nach der vierten Klasse den Weg in das Gymnasium zu ebnen. 1957 wurde das Schulgesetz entsprechend novelliert. Schon wenige Jahre später war diese »Ausnahme« zur Regel geworden.

Während der gesamten Auseinandersetzung war die Situation im VBLL durch unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche Auffassungen geprägt. So kam es zu keiner eindeutigen Stellungnahme für die sechsjährige Grundschule.

Der Kampf um Gehalt und Arbeitszeit

Die Gehälter der Beamten waren schon am Ende der Weimarer Republik durch die Brüning'schen Notverordnungen abgesenkt worden. Durch eine Reichsbesoldungsordnung von 1937 waren die Lehrergehälter in Bremen (durch die Angleichung an Preußen) noch einmal um über 30% gekürzt worden. An diesem Zustand hatte sich nach dem Kriege nichts geändert. 1951 rechnete die (in diesem Jahr wieder neu

erscheinende) BLZ vor, dass ein Junglehrer weniger verdiente, als ein ungelerner Arbeiter (271 DM gegenüber 341 DM). Ende 1952 führte Hamburg eine besondere »L-Besoldung« ein, um dem Lehrkräftemangel zu begegnen. Der VBLL forderte eine Übernahme durch Bremen. Die Bürgerschaft beschloss schließlich 1953, die Besoldungsregelungen von 1931 wieder in Kraft zu setzen und durch die Möglichkeit von Sonderzulagen die Gehälter der Lehrkräfte zu erhöhen. Auf diesen Teilerfolg folgte im direkten Anschluss eine Provokation: Der Haushaltsausschuss schlug vor, die gestiegenen Gehaltskosten durch eine Pflichtstundenerhöhung zu kompensieren, und die große Koalition aus SPD, CDU und FDP machte sich zum 01. April 1954 diesen Vor-

schlag zu eigen. Die Lehrkräfte hatten dadurch an Volksschulen 30, an höheren Schulen 26 Pflichtstunden. Am 16. Juni beschloss eine Hauptversammlung des VBLL mit über 1000 Teilnehmer*innen als Antwort darauf, jegliche freiwillige außerunterrichtliche Tätigkeit einzustellen. Dies betraf Ausflüge, Schulfeste, Klassenfahrten, Hausbesuche, Fortbildungskurse und statistische Erhebungen. Zwar drohte der Senator mit Dienstanweisungen, aber bereits am 10. September beschloss die Koalition, die Pflichtstundenerhöhung zum 01. April 1955 wieder zurückzunehmen. Das erhebliche Aufsehen, dass der Beschluss der Lehrkräfte erregt hatte, hatte seine Wirkung nicht verfehlt.

Aus den Quellen:

■ Satzungsentwurf des Vereins Bremer Lehrer und Lehrerinnen vom 22. Mai 1946, Präambel:

»Seit 1933 hat die bremische Lehrerschaft keine Möglichkeit gehabt, ihren Willen zum Auf- und Ausbau des Schulwesens und ihre Pläne für die Neugestaltung der Erziehung zum Ausdruck zu bringen. In den vergangenen 12 Jahren der geistigen Unterdrückung und Bevormundung für Schule und Lehrerschaft wurden die Lehrer und Erzieher planmäßig gehindert, an der Hebung und Bildung ihres Standes zu arbeiten. Die Berufsorganisation diente fast ausschließlich dazu, die Lehrerschaft zum blinden Gehorsam gegenüber den Ansprüchen der NSDAP zu zwingen. Dieser unwürdige Zustand soll beendet werden durch den Zusammenschluss aller bremischer Lehrer und Erzieher zu freier gemeinsamer Arbeit. Sie soll der Anfang sein, den früheren, aus ernsthafter und verantwortungsfreudiger Arbeit erwachsenen Ruf der bremischen Schul- und Erziehungsarbeit wiederzuerlangen. Diese neue gemeinsame Arbeit fordert von der Lehrerschaft tätigen Anteil an der Beseitigung des Nationalsozialismus und Militarismus sowie ihrer zerstörerischen Wirkungen vor allem auf

dem Gebiete des Erziehungswesens und des gesamten Kulturlebens.«

Fernschreiben der US-Militärregierung vom 08. Januar 1947:

»Die Erziehungsziele sollen der Aneignung demokratischer Lebensformen durch besondere Betonung der gesellschaftskundlichen Unterweisung in allen Schulen einschließen.

Allgemeine Schulpflicht vom 6.-15. Lebensjahr.

Pflichtmäßiger Schulbesuch neben der Berufsausbildung vom 15.-18. Lebensjahr.

Die Schulen sollen ein umfassendes Schulsystem für alle Kinder bilden. Parallele Bildungswege und Überschneidungen verschiedener Schularten sind zu beseitigen. Volksschule und Höhere Schule sollen zwei aufeinanderfolgende Stufen sein und nicht zwei verschiedenen Arten oder Gütegrade der Erziehung.

Kindergärten sollen da, wo sie nötig sind, dem allgemeinen Schulsystem angegliedert werden.

Weitmöglichste Zusammenlegung aller ungegliederten Schulen zu mehrklassigen Systemen. Alle Schulen für das 7.-12. Schuljahr sind als Höhere Schulen anzusehen.

Höhere Schulen größeren Umfanges haben berufsschulmäßige und wissenschaftliche Züge zu umfassen.

Der pflichtmäßige Schulunterricht neben der Berufsausbildung hat in angemessenem Umfange allgemeinbildende wie auch berufskundliche Fächer zu umfassen.

Einheitliche Mindestgrundsätze für die Erziehung:

Schulärztliche Überwachung und gesundheitliche Erziehung sind rechtlich bindend anzuordnen.

Lehrerausbildung muss auf Höherer Schule aufbauen und ist den erziehungswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten oder gleichwertigen Bildungseinrichtungen zu übertragen.

Gehaltssätze müssen dem Ausbildungsgang entsprechen.

Die Gemeinden sollen aktiven Anteil an der Schulverwaltung nehmen.

Alle (Schulen) sind durch allgemeine Steuern zu unterhalten.

Die Schulverwaltung und Aufsicht aller Schulen wird nur durch zwei Instanzen ausgeübt, durch die Länder und Kreise.

Private Schulen sind zuzulassen, soweit sie den grundsätzlichen Zielsetzungen nicht entgegenstehen.«

Verlässlich reduziert wird nur das Gehalt

Teilzeit: Viele Lehrkräfte wollen weniger arbeiten, aber der Entlastungseffekt bleibt oft aus

Angelika Hanauer

■ Nach aktuellen Zahlen der Bildungsbehörde arbeiten derzeit gut 41 Prozent der Lehrkräfte in Bremen und fast 28 Prozent in Bremerhaven in Teilzeit. Angesichts des momentanen Lehrkräftemangels besteht seitens der senatorischen Behörde der Wunsch, den Anteil an Teilzeitbeschäftigung zu senken.

Kolleginnen und Kollegen haben in aller Regel gute Gründe eine Teilzeitbeschäftigung zu beantragen. Sie benötigen Zeit für die Betreuung von Kindern und Angehörigen, viele fühlen sich aber mit einer Vollzeitstelle auch überlastet – und das zurecht, denn zum einen ist die Unterrichtsverpflichtung so hoch, dass die Arbeit ohne Überstunden in der Regel nicht zu schaffen ist und zum anderen sind in den vergangenen Jahren immer neue Aufgaben hinzugekommen. Auch die Arbeitszeiten haben sich durch Ganztags-, Teammodelle und Präsenzzeiten ausgeweitet. Daher entscheiden sich nicht nur Lehrkräfte, die schon viele Jahre im Dienst sind, nach längerer Zeit der Überlastung für die Teilzeitbeschäftigung, nein auch Berufseinsteiger machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Von einer Annahme kann man aber in jedem Fall ausgehen: Gerne verzichten diese Beschäftigten nicht auf Einkommen und Pensions- oder Rentenansprüche.

Da die Arbeitszeit von Lehrkräften nur in Form von Unterrichtsstunden erfasst wird, bleibt der große Teil der Arbeit, der abgesehen von der reinen Unterrichtszeit geleistet wird, quasi unsichtbar.

Es gibt eine Richtlinie der Bildungsbehörde zur Regelung dieser Arbeitszeiten, in deren Einleitung es heißt: »Teilzeitlehrkräfte haben – ebenso wie Vollzeitlehrkräfte – neben ihrer Unterrichtsverpflichtung außerun-

terrichtliche Aufgaben zu erfüllen. Diese Verpflichtung führt zu einer stärkeren Belastung der Teilzeitbeschäftigten im Verhältnis zu Vollzeitbeschäftigten. Grundsätzlich gilt, dass teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte für dienstliche Aufgaben wie Unterricht und außerunterrichtliche Tätigkeiten entsprechend dem Umfang ihrer reduzierten Arbeitszeit eingesetzt werden.«

Leider hat sich im Schulalltag der teilzeitbeschäftigten Kolleg*innen die Umsetzung dieser Grundsätze oft als schwierig erwiesen. Aus Sicht des Personalrates ist dies insbesondere dem unverbindlichen Charakter der Richtlinie geschuldet. Viele Problemfelder werden in der Richtlinie zwar erfasst, die Lösungsvorschläge enthalten aber nur Empfehlungen und keine verbindlichen Regeln. Es werden weiche Formulierungen, sogenannte unbestimmte Rechtsbegriffe, wie »sollte« oder »nach Möglichkeit« verwendet, die einer verbindlichen Umsetzung der Richtlinie im Wege stehen.

Tatsächlich erleben die Kolleg*innen in der Regel nicht den durch die Teilzeit zu erwartenden Entlastungseffekt: die Arbeit nimmt insgesamt nicht um den verringerten Stellenanteil ab. Sehr viele Tätigkeiten reduzieren sich nicht entsprechend und oft muss für jede kleine außerunterrichtliche Entlastung gekämpft werden. Das einzige, das sich verlässlich reduziert, ist das Gehalt.

Wir gehen davon aus, dass verbindlichere Regeln für den Einsatz teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte, aber auch pädagogischer Mitarbeiter*innen, dazu führen, dass die Beschäftigten gerne in geringerem Umfang Teilzeitarbeit beantragen und damit auch wieder mehr verdienen und eine bessere Pension erwarten können.

Der Personalrat Schulen strebt daher eine Überarbeitung und Konkretisierung der Richtlinie für Teilzeit an.

Ein Tipp noch für alle, deren Teilzeitantrag erneut oder ganz neu gestellt werden soll: Achtet bitte darauf, dass ihr die Fristen für Personalveränderungen einhaltet – sie können in eurer Verwaltung erfragt werden oder liegen in der Schule aus. Motiviert durch den Lehrkräftemangel



Auch bei Teilzeitarbeit zerfließen die Stunden bei vielen Lehrkräften immer öfter.

hat die Bildungsbehörde angekündigt, in Zukunft Anträge abzulehnen, die nicht fristgerecht eingegangen sind. Bisher gab es oft einen wohlwollenden Umgang mit verspäteten Anträgen, insbesondere mit Folgeanträgen. Meldet euch im Falle einer Ablehnung unbedingt beim Personalrat Schulen.

■ Im Rahmen der Intensivierung der Betriebsgruppen- und Vertrauensleutearbeit gibt es seit Neuestem die Möglichkeit GEW-Vertreter*innen zu einem Pausenfrühstück in die Schule einzuladen.

Dazu bereitet die GEW in der großen Pause ein kostenloses Frühstücksbuffet im Lehrerzimmer vor, das von allen Kolleginnen und Kollegen in Anspruch genommen werden kann. Hintergrund dieses Angebotes ist es, mit der GEW persönlich ins Gespräch zu kommen, Fragen zu



Brötchen von der Bildungsgewerkschaft

Pausenfrühstück mit der GEW

Förderung der Vertrauensleutearbeit

stellen und Gelegenheit zu haben, sich über unterschiedlichste Problemlagen zu informieren und sich Rat zu holen.

Die GEW-Frühstückskolleg*innen bringen zu diesem Zweck ein umfangreiches Infopaket mit, das in der Schule verbleibt. Natürlich freuen wir uns in diesem Zusammenhang auch neue Mitglieder zu gewinnen.

Wir leben in Zeiten, in denen alle Beschäftigten, die in Bildung tätig sind, unter extrem schlechten Arbeits-, Lern- und Lehrbedingungen arbeiten müssen, die sich, wenn sich nicht schnell etwas ändert, auch gesundheitlich auswirken und auswirken werden. Der akute Lehrermangel zeigt, dass die Attraktivität des Berufes stark abgenommen hat. Nur ein starkes gewerkschaftliches Engagement ist in der Lage dieser Situation etwas entgegenzusetzen.

Die angespannte Situation an den Schulen lässt aber den Kolleginnen und Kollegen immer weniger Raum und Zeit, sich inner- und außerschulisch für bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung einzusetzen. Gewerkschaftsarbeit lebt vom Engagement ihrer Mitglieder und ist nur mit einer starken Gewerkschaft erfolgreich. Dieses Bewusstsein zu stärken und die Bedeutung einer Bildungsgewerkschaft in der Auseinandersetzung mit den politisch Verantwortlichen um gute Rahmenbedingungen für eine verantwortungsvolle und qualitativ hochwertige Bildungsarbeit wieder stärker in den Fokus zu rücken, ist das Ziel unserer Frühstücksinitiative. Ruft uns an oder schreibt eine Mail (Tel.: 0421-337640, Mail: info@gew-hb.de) und verabredet mit uns einen Frühstückstermin! Wenn ihr konkrete Fragen an uns habt, könnt ihr uns diese im Vorfeld mitteilen, damit wir uns darauf vorbereiten können. Wichtig ist, dass ihr eure Schulleitung in Kenntnis setzt, damit wir nicht mit dem Hausrecht in Konflikt geraten.

Wir freuen uns auf euch!

Henrik Skov Andersen
Peter Grothe
(GEW Vertrauensleutbeauftragte)



Mit einem Frühstück in den »schönsten Tag«

Arbeitskreis Grundschule

Dauerbrenner Kompolei

■ Am 8. Mai hat sich der Kreis wiederholt mit Schwerpunktthema »Kompolei« beschäftigt. Inzwischen haben wir auch eine Reihe von Rückmeldungen zu unserer Stellungnahme erhalten. Ganze Kollegien unterstützen unsere ablehnende Haltung zu Kompolei, im wesentlichen zu den Entwicklungsübersichten und Zeugnissen. Offensichtlich hatte die Behörde unsere Bemühungen gegen diese Form der Leistungsbeurteilung (wie auch die sehr ähnlichen des Grundschulverbandes) mitbekommen und uns zusätzlich zum Personalrat Schulen eingeladen, an den Gesprächen zur Entwicklung einer Evaluation teilzunehmen.

Der PR Schulen hatte seine Bedenken im Kern wegen des Verdachts der Mehrarbeit, des hohen Aufwandes, angemeldet und die Mitbestimmung bei der Einführung und Evaluation gefordert. Die Gespräche verliefen insofern konstruktiv, als unsere Bedenken, unsere Kritik und unsere Fragestellungen überwiegend als für den Fragebogen sinnvoll ein-

geschätzt wurden und dieser jetzt auch entsprechende Möglichkeiten bietet seine Meinung zu Kompolei auszudrücken. Er enthält wichtige offene Fragen, die den Platz bieten auch umfangreichere Stellungnahmen/Kritiken zu formulieren. Wir bitten euch darum diese Chance zu nutzen und die Evaluation zu einer pädagogischen Bewertung zu führen. Auch ausreichende Teilnahme ist erwünscht, damit ein repräsentatives Bild entstehen kann. Die Befragung findet statt vom 15.06.-11.08. Im nächsten Jahr soll die Arbeit mit diesem aus unserer Sicht nicht erprobten Instrument ausgewertet werden. Auch auf der Personalversammlung wurden von uns, dem PR und dem Grundschulverband unterstützende Informationen verbreitet und dazu aufgerufen teilzunehmen.

Zweiter Punkt am 08.05. war die weitere personelle und räumliche Verschlechterung an den Schulen. Die Lehrkräfte müssen sich anscheinend auf weitere Jahre mit Billigangeboten auf dem Markt der Unterrichtenden einstellen (mal sehen wer

ACHTUNG: ONLINE-BEFragung ZU KOMPOLEI

Die GEW – Arbeitskreis Grundschule-, der Personalrat Schulen und der Grundschulverband haben an dem Fragebogen zur Evaluation von »KOMPOLEI« mitgewirkt.

Die Befragung der Behörde findet vom 15. Juni bis zum 15. August statt. Online. Es gibt durchaus Möglichkeiten seine Meinung deutlich auszudrücken, besonders bei den »Offenen Fragen«! Bitte nutzt die Chance, um ein reales Bild der Probleme und Kritiken, vielleicht auch einiger positiver Erfahrungen mitzuteilen. Bitte lest auch das Infoblatt, welches verschickt wurde!

die nächste Lücke, vielleicht die der Sport-oder Musiklehrer füllen wird). Außerdem wird es längere Aufenthalte in Containern und viel Baulärm geben!

Unser nächstes Treffen findet am 15. August um 17.00 Uhr in der GEW statt. Kommt massenhaft!

Fachgruppe Oberschule

Wie steht es wirklich um die Oberschule?

**Eine Podiumsdiskussion und
Praxisevaluation der GEW
Mittwoch, den 27.09.2017 von
19.00 bis 21.00 Uhr
Tivoli-Saal im DGB-Haus**

■ Die Bremische Bürgerschaft hat im März 2016 mit Auslaufen des so-

nannten Bremer Schulfriedens eine Evaluation des Bremer Schulsystems beschlossen und im Juni zu diesem Zwecke eine wissenschaftliche Expertenkommission eingesetzt. Auf der Veranstaltung soll der nur auf empirischen Daten beruhenden Evaluation der Experten-Kommission

eine Praxis-Evaluation durch Bildungsexperten der GEW gegenübergestellt werden.

Es soll eine Podiumsdiskussion mit verschiedenen Teilnehmern aus der schulischen Praxis der Oberschulen organisiert werden, die zu vorgegebenen Fragen eines/er Moderator/in antworten und diskutieren. Auch Wortbeiträge aus dem Publikum sollen miteinbezogen werden.



■ Chancengerechtigkeit, Forderungen gegen Privatisierungen, Kampf gegen hohe Arbeitsbelastungen und der Einsatz für die »Black Teachers« bestimmten den Kongress der National Union of Teachers (NUT) in Cardiff.

Neben den Delegierten aus den verschiedenen Landesteilen Großbritanniens waren auch Vertreter von Bildungsgewerkschaften »from overseas« aus Amerika, Kuba, Palästina, Kurdistan und Irak sowie aus Afrika über Ostern der Einladung zum

Kongress der National Union of Teachers

Ein Bericht aus Cardiff, Wales

Anton Salzbrunn

Kongress der britischen LehrerInnengewerkschaft NUT gefolgt.

Viele Lehrkräfte wechseln nach wenigen Jahren den Beruf

In dem Vorreiterland des europäischen Neoliberalismus wird deutlich, was es bedeutet, wenn im Bildungswesen auf den Rückzug des Staates gesetzt wird. So berichteten die Kolleginnen und Kollegen von maroden Schulgebäuden und vielen Privatisierungen im Bildungswesen. Hinzu kommt eine hohe Arbeitsbelastung bei den Lehrkräften, die viele junge Kolleginnen und Kollegen veranlassen, nach 4-6 Jahren das Handtuch zu schmeißen und einen anderen Job zu suchen. Laut Statistik sind das fast 50 Prozent. Eine ähnliche Situation kennt man in Deutschland bei den Erzieherinnen und Erziehern. Daher war klar, dass es beim Kongress der NUT nicht nur um mehr Lohn sondern auch um die Reduzierung der Arbeitsbelastung bei den Lehrkräften ging. Viel Beifall ernteten besonders die Kolleginnen und Kollegen, die mit eigenen Erfahrungsberichten den Kontext zu den Anträgen herstellten. Die auch hierzulande bekannte Testeritis und Dokumentationspflicht erzürnte die britischen Kolleginnen und Kollegen. Sätze wie »Wir unterrichten nicht mehr, wir

machen social engineering!« oder »Wir brauchen ein Bildungssystem, in dem es Spaß macht, zu unterrichten und zu lernen!« brachten es auf den Punkt.

Verbesserung der Situation schwarzer Lehrkräfte

In Zeiten des Brexits bestand große Einigkeit auch in der Frage des eigenen Zusammenhalts. Als der Antrag der Kolleginnen und Kollegen aus Wales aufgerufen wurde, dieser Gliederung Sonderrechte zu gewähren, war die Antwort eindeutig: »We are one nation, we are one union!« traf ein Delegierter die Stimmung. So schätzten auch viele Delegierte ein, dass das letzte Wort beim Brexit noch nicht gesprochen ist. Besonders beeindruckend war die Debatte zu einem Antrag, wie vor 25 Jahren mit einem Kongress und einer Kampagne die Situation der »Black Teachers« wieder in die öffentliche Debatte zu bringen und damit zur Verbesserung

Kehtwende zum bisherigen neoliberalen Kurs. Durch die Übernahme von gewerkschaftlichen Positionen bekam er viel Zustimmung. Die Beendigung der Privatisierungen und der Vernachlässigung der öffentlichen Daseinsvorsorge war ein wesentlicher Punkt, ebenso Verbesserungen im Bildungswesen. Ob dies alles in die Tat umgesetzt wird, bleibt wie immer abzuwarten. Interessant war aber, dass Labour mit Jeremy Corbyn bereits drei Jahre vor dem regulären Wahltermin 2020 ein konkretes Programm hat für mehr soziale Gerechtigkeit, anders als manche Kanzlerkandidaten in Deutschland. Ob der noch während des Gewerkschaftstages in Cardiff kurzfristig anberaumte Wahltermin im Juni schon zu einem Regierungswechsel führt, ist offen.

Internationaler Austausch

Besondere Aufmerksamkeit bekamen bei diesem Kongress der NUT



Louise Regan ist neue Präsidentin der NUT.

Foto: Koïs Miah

ihrer Situation beizutragen soll. Eine Kollegin schilderte dazu sehr anschaulich ein Erlebnis, wie Vorurteile wirken und sie allein aufgrund ihres Aussehens von Eltern und Politikern nicht als vollwertige Lehrkraft anerkannt wird.

Unterstützung für die Labour Party

Anders als bei Gewerkschaftstagen in Deutschland sprach hier von den Parteien nur ein Vertreter von Labour. Der Shadow Chancellor einer zukünftigen Regierung Corbyn erfuhr viel Zustimmung, nachdem er das Regierungsprogramm einer Labour-Regierung unter Corbyn ab 2020 vorstellte. Dies wäre eine

die Gäste aus Palästina und Kuba. Sind es in Palästina die schwierigen Arbeitsbedingungen unter denen Schule stattfindet, so sind es in Kuba die Folgen des Embargos, das auch nach dem Besuch Obamas weiter gilt. Der Austausch mit den anderen internationalen Gästen wie z. B. aus den USA war natürlich von besonderem Interesse nach dem Wechsel im Präsidentenamt. Danach genießt Trump bei den gewerkschaftlich organisierten Lehrkräften wenig Vertrauen. Vielmehr gibt es große Befürchtungen vor negativen Auswirkungen auf das ohnehin schon desolate, öffentliche Schulwesen in den USA.

»Prekäre Verträge, prekärer Lohn«

Junge GEW Bremerhaven:
Rede von Tobias Gase zum 1. Mai

■ Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen heute wieder solidarisch Seite an Seite als Lohnabhängige aller Berufsgruppen, um für gute Arbeit zu kämpfen. Gute Arbeit, das ist existenzsichernde Arbeit und dazu gehören faire Löhne genauso wie gesunde und familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Und gute Arbeit sollte Teil sein einer ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik – hier und auf der ganzen Welt. Deutschland ist ein Land mit einer unfassbaren privaten Vermögenssumme von mittlerweile 8 Billionen Euro. Aber ich muss euch nicht erzählen, dass das nicht die ganze Wahrheit ist. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge sprach anlässlich der Veröffentlichung des jüngsten Armuts- & Reichtumsberichts von einer Verschleierung des Reichtums und einer Verharmlosung der Armut in Deutschland.

Die sozialen Extreme in Bremen und Bremerhaven

Wir müssen nur vor die eigene Haustür gucken, um zu verstehen, wovon Butterwegge spricht. Wir leben in einem Bundesland, das gleichzeitig eine der höchsten Millionärsdichten in Deutschland und eine der höchsten Kinderarmutgefährdungsquoten besitzt. Die sozialen Extreme in Bremen und Bremerhaven zeigen wie in einem Brennglas die Licht- und Schattenseiten einer versäumten Verteilungspolitik für soziale Gerechtigkeit. Es sind auch die Schattenseiten einer kranken Weltwirtschaftsordnung. Die Bedingungen für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt sind meist in mehrfacher Hinsicht prekär. Sie stecken in prekären Verträgen, arbeiten unter prekären Bedingungen oder erhalten nur einen prekären Lohn. Die Stolpersteine und Hürden sind zu zahlreich. Befristung, Subunternehmertum und Schlupflöcher für Tarifflicht, Solo-Selbständigkeit, Minijobber ohne verlässliche Absi-

cherung in den Sozialsystemen. Damit kann der Einstieg ins Berufsleben nicht gelingen, damit steht niemand fest auf den eigenen Beinen, damit lässt sich erst recht keine Familie gründen! Von der Erfüllung von Generationenverträgen im Sozialversicherungssystem will ich da fast gar nicht mehr sprechen.

Viel zu oft sinken junge Menschen resigniert in Hartz IV, weil ihnen die Perspektiven fehlen, oder sie schlagen sich durch mit mehreren Minijobs, die trotzdem nicht armutsfest sind, und bleiben abhängig vom Amt. Und selbst denen, die eine gute Beschäftigung gefunden haben, die unbefristet ist, die (bestenfalls) ihrer Qualifikation entspricht und von der sie eigentlich gut leben können, selbst denen geht es nicht einfach gut, denn sie leiden immer häufiger unter steigendem Druck und Arbeitsverdichtung. Work-Life-Balance wird für sie nicht selten zum Drahtseilakt. Was soll man dazu eigentlich noch sagen? Haben wir etwa wirklich nur die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit, zwischen Arbeit, die nicht zum Lebensunterhalt genügt, und Arbeit, die uns irgendwann auffrisst?

Es braucht aber natürlich auch politische Instrumente, mit denen ein sinnvoller Gestaltungsspielraum erst möglich wird. Die Schuldenbremse gehört zum Beispiel nicht dazu. Die Schuldenbremse verhindert gesellschaftliche Fortentwicklung. Nicht eine Schuldenbremse und Sparzwang können der Weg zur Generationengerechtigkeit sein. Schließlich ist auch Bildung ein entscheidender Schlüssel, der Perspektiven und gelingende Lebenswege für junge Menschen aufschließen und eröffnen kann.

Die Bedingungen müssen stimmen

Damit das geht, muss Bildung dementsprechend ausfinanziert sein. Dazu bedarf es also auch einer angemessenen Ausstattung der Inklusion

in Bremen und Bremerhaven – und das betrifft Schulraum und Personal gleichermaßen. Bestehender Schulraum ist zum Teil erheblich sanierungsbedürftig, neuer Schulraum wird dringend benötigt.

Wir wollen die Umsetzung dieser ambitionierten Schulreform, aber die Bedingungen müssen stimmen – daher müssen auch die Bedingungen für die Kolleginnen und Kollegen stimmen: sowohl für die, die schon jetzt in den Schulen trotz großen Personalmangels eine gute Arbeit



Tobias Gase spricht über soziale Extreme in Bremerhaven und Bremen

leisten, als auch für die, die wir zusätzlich in den Schulen dringend brauchen.

Es geht auch grundsätzlich darum, keine weitere Abkopplung der Beamtinnen und Beamten von der Lohnentwicklung in Deutschland zu betreiben, sondern Schritte zu unternehmen, die Besoldung in Bremen langfristig doch wenigstens im Mittelfeld der Länder zu halten.

Bremen und Bremerhaven müssen als Arbeitsorte attraktiv sein und bleiben: A13 für alle ist sicher ein wichtiges Etappenziel auf diesem Weg und die jüngsten Schritte des Senats auf dem Weg dorthin kann man ja schon einmal anerkennen. Jetzt müssen weitere Schritte folgen!

Die Rede wurde von der Redaktion gekürzt. Die vollständige Fassung ist auf www.gew-hb.de nachzulesen.

**Ich gucke meinen Teller an.
Der guckt zurück. Er ist der
Einzigste, der mich versteht.**

**Jörg Isermeyer
Die Brüllbande
Roman**

Beltz, Weinheim 2017, 12,95 €



Bastians Traum scheint zum Greifen nah. Nur eine Schaufensterscheibe und das Preisschild mit einer verrückten Zahl darauf trennen Bastian und das großartige Raumschiff.

Was tun? Mehr Taschengeld ist nicht drin. Nachdem er David kennenlernt, den Straßenmusiker, hat Bastian eine Idee: Musik auf der Straße! Klasse Sache, blöd nur, wenn man wie Bastian total unmusikalisch ist. Trotzdem üben er und seine Freunde wie verrückt. Doch dann braucht sein Vater plötzlich seine Ruhe daheim und Bastians Traum scheint zu platzen ... i. emm.

**Vom Verlust einer überlebens-
wichtigen Kulturtechnik**

**Maria-Anna Schulze-Brüning
Stephan Clauss**

**Wer nicht schreibt, bleibt dumm
Warum unsere Kinder ohne Hand-
schrift das Denken verlernen**



**Piper-Verlag,
Berlin 2017,
22 €**

Die Lehrerin Maria-Anna Schulze-Brüning beobachtet seit Jahren, wie sich die Handschrift der Schülerinnen und Schüler rapide

verschlechtert. Die Kinder sind jedoch keine Generation von Lernverweigern, wie sie betont, sondern Opfer einer fehlgeleiteten Schulpolitik. Handschrift und Rechtschreibung werden in den Grundschulen vernachlässigt und dem Experimentieren preisgegeben. Das hat Folgen: Krakelschriften werden immer mehr zum Handicap, Lernfreude und vernetztes Denken bleiben dabei auf der Strecke. Gemeinsam mit dem Journalisten zeigt die Pädagogin, welche Konzepte wirklich helfen, um aus einer »Sauklaue« eine Handschrift zu machen. Mit detailliertem Handschriftentraining. i. emm.

**Wer blickt da noch durch und
was will man am Hindukusch?**

**Carsten Jensen
Der erste Stein
Knaus Verlag, deutschsprachige
Ausgabe 2017**



Ein Sachbuch ist es ganz sicher nicht, aber ein Buch in Romanform gegen den Krieg. Hier speziell gegen den Krieg im Nahen Osten. Nicht unbedingt für Zartbesaitete, aber es geht ja

auch um Krieg und Terror. Wer gegen wen und warum? Wer verbündet sich wann mit wem und wie? Wer blickt da noch durch und was will man am Hindukusch? Insofern ist die absurde, brutale Realität jederzeit mit einbezogen und war mir beim Lesen immer präsent. Auf welcher Seite das angeblich zu befreiende Volk steht und wer es von außen vor wem retten möchte, all dies wird spannend erzählt. Im Mittelpunkt der Handlung steht eine Gruppe von Soldaten, inkl. einer Soldatin, aus Dänemark. Kooperation mit den US-Streitkräften, aber auch mit einheimischen Stammesfürsten ist nötig, möglich, aber auch gefährlich. Was bleibt am Ende? Der gesamte Einsatz läuft letztlich auf eine Katastrophe zu, die von der Realität während meiner Lektüre zeitweilig sogar eingeholt wurde, z.B. mit der Trumpschen »Mutter aller Bomben« auf Tunnelsysteme unterhalb der Wüste. Der Autor und Journalist, seit 2001 auch Professor für Kulturanalyse in Dänemark, schreibt fesselnd und versteht sein Handwerk, das Buch beruht auf mehreren längeren Aufenthalten in der Krisenregion. Lesenswert, vor allem für Antimilitaristen, Friedensfreunde und Kriegsgegner, und das sind wir ja. Wilfried Meyer

**Eine schöne interkulturelle
Geschichte für Kinder in Kita
und Grundschule**

**Imdat Ulusoy
Emek, Melanie und das Ramadanfest
Schulbuchverlag Anadolu**



Unser GEW-Kollege Imdat Ulusoy hat sich neben und nach dem Lehrerberuf dem Bücherschreiben gewidmet. Herausgegeben

ist in diesem Fall ein Kinderbuch, arabisch-türkisch-deutsch. Zwei Freundinnen derselben Grundschulklasse haben einige gemeinsame Erlebnisse, in den Ferien, im Alltag, am Ramadanfest. Eine schöne interkulturelle Geschichte für Kinder in Kita und Grundschule. So würde man sich die deutsch-türkische Freundschaft gern wünschen. Gefehlt hat mir die Erklärung des Ramadanfestes und dessen Bedeutung. Da die Mehrheit der deutschen Bevölkerung inzwischen nicht religiös ist, und Melanie auch nicht als Kind einer christlichen Familie in dieser Geschichte beschrieben wird, hätte ich das Ramadanfest und seine Bedeutung für Muslime näher beschrieben. Aber trotzdem ein sehr liebevoll gemachtes Kinderbuch.

Wilfried Meyer

**Geschichte einer
rebellischen Generation**

**Karin Wetterau: 68
Täterkinder und Rebellen –
Familienroman einer Revolte
ISBN 978-3-8498-1168-6, 325 S.
div Abb. 28 €**



68, immer schon Gegenstand der Kritik von »rechts« ist in den letzten Jahren zur Zielscheibe »linker« Kritik geworden. Die 68erInnen, so wird von einigen Historikern behauptet seien allen Legenden zum Trotz in Wahrheit ihren Nazi-Eltern »schrecklich ähnlich« gewesen: in ihrem Denken, in ihrem Handeln und in ihrer verhängnisvollen Neigung zu politisch motivierter Gewalt. Die Autorin führte Gespräche mit beteiligten Initiatorinnen und Akteurinnen der 68er-Bewegung. Zu den für das Buch Interviewten zählen: Helke Sander, Susanne Schunter-Kleemann, Klaus Hartung, Eike Hemmer, Christian Semler und Rüdiger Safranski.



**Buchtipps
Zusammengestellt
von der
Redaktion**



Bremer Lösungen:

■ »SoProMob« und die Individualkompetenzunterrichtskabinen

Jubel und Begeisterung pur im Bremer Westen, am Buntentor, eigentlich überall in der Stadt. Allerorten erschallen laut Jubelchöre »Die Regierung lebe hoch, lang lebe die SPD, Vorwärts mit die Grünen...«. So frohlocken alle und vor allem die Bildungsbehörde. Es geht in Bremen wieder mit Siebenmeilenstiefeln voran. Die Kinder- und Raumplanungsabteilung hat die Probleme von Raummangel, vielen plötzlich auftauchten Kindern mit heterogenen Hintergründen mit einem genialen, sensationellen Befreiungsschlag gelöst.

Auf unserem Foto ist die moderne Anlage zu sehen, die auf jeden Fall hoch über dem Regelstandard thront, ja genau genommen bildet sie Exzellenzstandard ab und wird gekreuzigt für einen Übergang wohin auch immer. Diese todschicken Kabinen sind schlauer Weise nach Bremer Postleitzahlen sortiert, damit die Kinder sofort wissen zu welchem Standort sie müssen. Pro Einheit unterrichtet je ein Achtel Pädagoge (habt acht!) einen Schüler. Die unbeschrifteten Türen bilden die Pausenzellen. Die luftige Dachkonstruktion kann im Sommer zusammengerollt werden, so entfallen dann auch die Beleuchtungskosten. Diese Individualkompetenzunterrichtskabinen, kurz IKUKs, sollen in Bremen flächendeckend aufgestellt werden. Auch für das Personal hat das Vorteile, kurze Wege von Ort zu Ort und Raum und Zeit. Die Toilettentüren (Portas Potti) werden noch braun gekennzeichnet, auch hier ist Individualentleerungskompetenz total angesagt. Spätestens Ende November 2017 ist daran gedacht die IKUKS und die Kinder winterhart zu machen.

Strohmatte sind dann wieder lieferbar. Was Burkina Faso nicht kann, kann Bremen schon lange. Warum lieben wir Bremen? Weil man hier kreativ ist und Geld, was nicht da ist, spielt eben auch gar keine Rolle mehr. Die Containerendlösungen sind somit vom Tisch, hier wird schlicht die Zukunft der Kinder heute für morgen nachhaltig sicher gemacht. Ja sicher, ganz sicher. Durch diese Individuallösungen steht zu erwarten, daß die Abiturientenzahlen auch in diesen Regionen wieder ungeahnte Höhen erklimmen werden. Das ist einer Exportweltmeisternation und ihrem kleinsten Bundesland einfach würdig. Chapeau!

PS: Gerade gucke ich auf die Website der Senatorin und entdecke das Containernotprogramm für KITAs mit dem tollen Namen »SoProMob« für Sofortprogramm Mobil-Bau. »Pro Mob«, eine wunderbare, freudliche Wortwahl! Damit ist die Frischluft-Satire schon wieder von der Realität eingeholt und getoppt!

Wilfried Meyer



#fund.stücke@de

»Gutes Beispiel«

Ein Mensch, der Bücher schreiben wollte,
Besinnt sich plötzlich, ob ers sollte.
Ob er, bis an ein heilig Wesen,
Dran Dichter und Verlag genesen,
Ein Mensch, der nicht nur las, der gar
Sich Bücher kaufte gegen bar
Und den, weil er nie selbst geschrieben,
Die Menschen und die Götter lieben,
Ob er, gleichviel aus welchen Gründen,
Sich stürzen sollt in solche Sünden,
Wie sie im Himmel und auf Erden
Höchst selten nur vergeben werden –
Der Mensch, der schon Papier erworben,
Hat anderweitig es verdorben.

Eugen Roth

Wahrheiten: »Die gefährlichsten Unwahrheiten sind Wahrheiten, mäßig entstellt.«

Menschen: »Ich habe immer gefunden, die sogenannten schlechten Leute gewinnen, wenn man sie näher kennenlernt, und die guten verlieren.«

Georg Christoph Lichtenberg

belladonna

www.belladonna-bremen.de
Sommer 2017

Coaching für Existenzgründerinnen

(Acht Module pro Coachingreihe, Reihe I und II teils parallel):

16.06.2017 von 14-19.00 Uhr und 17.06.2017 von 10-18.00 Uhr,

»Profilanalyse und Kernkompetenzen«.

23.06.2017 von 10-18.00 Uhr, »Unternehmerisches Know-how«.

04.08.2017 von 10-18.00 Uhr, »Erfolgreiche Akquise«.

11.08.2017 von 14-19.00 Uhr und 12.08.2017 von 10-18.00 Uhr,

»Marktanalyse - Chancen und Präsentation«.

19.08.2017 von 10-18.00 Uhr, »AGB & Rahmenbedingungen«.

25.08.2017 von 10-18.00 Uhr, »Unternehmerisches Know-how«.

02.09.2017 von 10-18.00 Uhr, »Businessplan«.

09.09.2017 von 10-18.00 Uhr, »Buchführung«.

15.09.2017 von 10-18.00 Uhr, »Umsetzung des Gelernten«.

22.09.2017 von 10-18.00 Uhr, »Erfolgreiche Akquise«.

21.10.2017 von 10-18.00 Uhr, »AGB & Rahmenbedingungen«.

04.11.2017 von 10-18.00 Uhr, »Businessplan«.

01.12.2017 von 10-18.00 Uhr, »Umsetzung des Gelernten«.

Weitere Veranstaltungen:

21.06.2017, 19.00 Uhr, »Unternehmensnachfolge«.

24.06.2017, 10-18.00 Uhr, »Du bist wie deine Mutter ...«.

29.08.2017, 19.00 Uhr, »Über Land«. Literarischer Salon.

Info: Tel.: 0421-703534.

Ensemble Schnürschuh Theater im Juni 2017

16.06.2017, 20.00 Uhr, »Jihad Baby!«, Schauspiel.

17.06.2017, 20.00 Uhr, »Herr Lehmann«, Schauspiel.

18.06.2017, 19.00 Uhr, »Extrem laut und unglaublich nah«, Schauspiel.

19.06.2017, 10.00 Uhr, »Jihad Baby!«, Schauspiel.

20.06.2017, 10.00 Uhr, »Tschick«, Schauspiel.

Ensemble Schnürschuh Theater im November 2017

27.11.2017, 09.00 Uhr, »Ox & Esel«, Schauspiel. Ausverkauft.

28.11.2017, 09.00 Uhr, »Ox & Esel«, Schauspiel. Ausverkauft.

29.11.2017, 09.00 Uhr, »Ox & Esel«, Schauspiel. Ausverkauft.

29.11.2017, 11.00 Uhr, »Ox & Esel«, Schauspiel.

30.11.2017, 09.00 Uhr, »Ox & Esel«, Schauspiel.

30.11.2017, 11.00 Uhr, »Ox & Esel«, Schauspiel.

Info: Pressereferat, Tel.: 0421-555410



PREMIEREN
JUNGES.THEATERBREMEN:

Flo und das Geheimnis der schwarzen Schmetterlinge

Uraufführung (6+) von Theo Franz. Deutsch von Andrea Kluitmann. Regie: Theo Franz. Eine Moks-Produktion. Samstag, 26. August

2017, 16:00 Uhr, Brauhaus.

Waisen

(14+) von Dennis Kelly. Regie: Konradin Kunze. Eine Moks-Produktion. Samstag, 25. November 2017, 19:00 Uhr, Brauhaus.

Endlich

Ein Projekt von Bohl/Forstman/Freitag. Regie/Choreografie: Nathalie Forstman/Birgit Freitag. Eine Junge-Akteure-Produktion. Samstag, 20. Januar 2018, 19:00 Uhr, Brauhaus.

Eltern - ein Forschungsunterfangen

(9+) von Hannah Biedermann und Ensemble. Regie: Hannah Biedermann. Eine Moks-Produktion. Sonntag, 25. Februar 2018, 16:00 Uhr, Brauhaus.

Of Coming Tales

Von kainkollektiv. Regie: Fabian Lettow und Mirjam Schmuck. Eine Moks- und Junge Akteure-Produktion, Samstag, 14. April 2018, 19:00 Uhr, Brauhaus.

Bilder deiner großen Liebe

(14+) von Wolfgang Herrndorf bearbeitet von Robert Koall. Regie: Christiane Renziehausen. Eine Junge Akteure-Produktion, Freitag, 18. Mai 2018, 19:00 Uhr, Brauhauskeller.

Presse und Kommunikation Tel.: 0421-3653-224.

AWB

Für Ihre BLZ-Anzeigen:

»Anzeigen Werbung Berghorn«

Tel.: 0421-4919033 Info unter:

www.awb-bremen.de



»Shakespeare Company Sommer 2017«

16.06.2017, 19.30 Uhr, »Shakespeare durch die Blume«. Ermäßigungsrechtigte.

17.06.2017, 19.00 Uhr, »Der Sturm«. Im Amtsgarten Lilienthal.

17.06.2017, 20.30 Uhr, »La Strada Gala«.

18.06.2017, 17.00 Uhr, »Der Sturm«. Im Amtsgarten Lilienthal.

18.06.2017, 20.30 Uhr, »La Strada Gala«.

Juli 2017

13.07.2017, 20.00 Uhr, »Carmen«. Premiere - Opernprojekt Hochschule für Künste.

15.07.2017, 20.00 Uhr, »Carmen«. Opernprojekt Hochschule für Künste.

17.07.2017, 20.00 Uhr, »Carmen«. Opernprojekt Hochschule für Künste.

August 2017

Shakespeare im Park - Melcherswiese im Bürgerpark

16.08.2017, 20.00 Uhr, »King Charles III«.

17.08.2017, 20.00 Uhr, »Viel Lärm um nichts«.

18.08.2017, 20.00 Uhr, »Was ihr wollt«.

19.08.2017, 18.00 Uhr, »Picknick«. Mit »Gaumenfreude à la Shakespeare«.

19.08.2017, 20.00 Uhr, »Richard III«.

20.08.2017, 18.00 Uhr, »Ein Sommernachtstraum«.

Tel.: 0421-500333. Mit Einführung um 19.00 Uhr.

»Trau keinem über Dreißig!«

Jugendrevolte und Reform 1960 bis 1975

Ein neues Ausstellungsprojekt des Schulmuseums Bremen.

Frauke Hellwig, Schulmuseum Bremen, Tel. 0421-696233-13.

frauke.hellwig@schulverwaltung.bremen.de

Schöne Ferien!

Die BLZ-Redaktion wünscht Euch erholsame Wochen.

GEW Landesvorstand Bremen · Bahnhofplatz 22-28 · 28195 Bremen
Postvertriebsstück · ZKZ 70871 DPAG · Entgelt bezahlt



Das Bremer Bündnis für Bildung setzt seine Arbeit nach den Ferien fort.

Foto: GEW

Stadtverband Bremen

02.08.	AK Kultur
	18.00 Uhr, Kukoon
02.08.	AK Kurdistan
	17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle
08.08.	AK Seniorinnen und Senioren
	10.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle
10.08.	AK Päd. Mitarbeiterinnen
	17.00 Uhr, Personalrat Schulen
14.08.	FG Vertrauensleute
	17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle
15.08.	AK Frauen
	17.15 Uhr, GEW Sitzungszimmer
17.08.	FG Grundschulen
	17.00 Uhr, GEW Sitzungszimmer
24.08.	Inklusive Schule & Sonderpädagogik
	17.00 Uhr, GEW Geschäftsstelle

Seminare

Kanu-Tour (nicht nur) für Neu-Mitglieder Bremen

Bei dieser Kanutour erwarten dich Gespräche und Infos rund um die GEW, Entspannung auf dem und am Wasser. Im Vordergrund steht, gemeinsam einen entspannten und schönen Tag zu verbringen und neue KollegInnen kennenzulernen. Aber auch Zeit zu haben für Fragen und Diskussionen rund um die Gewerkschaftsarbeit: Was tut die GEW für ihre Mitglieder? Wie ist sie aufgebaut? Wo kann man mitmachen? Welche aktuellen Projekte gibt es? Wie kann ich aktiv werden, ohne mich gleich auf Dauer zu verpflichten? Für die Verpflegung während der Tour ist gesorgt. Die Tour eignet sich auch für Kanu-AnfängerInnen!

Leitung: Michal Myrcik

Samstag, 05.08.2017, 10:30-17:00 Uhr

Start: Lilienthal, Ende: Findorffhafen (Nähe Hbf)
10 € incl. Verpflegung, für Neumitglieder kostenlos!

Gesamtkonferenz und Schulkonferenz – was ist möglich, um Einfluss zu nehmen?

Eine Einführung in individuelle, kollegiale und institutionelle Rechte, Möglichkeiten und Grenzen von Gesamtkonferenz und Schulkonferenz. Themen: rechtliche Grundlage, thematische Handlungsfelder, konkrete Handlungsstrategien und alternative Handlungsmöglichkeiten bei Konflikten in den Konferenzen.

Leitung: Frauke Schüdde-Schröter, Frank Zylinski

Dienstag, 22.08.2017, 09:00-16:00 Uhr

Bremen, DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28,
kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 15 €)

Seminar für Personalaus- schüsse in Bremen

Welche Rechte, Rollen und Aufgaben haben Personalaussschüsse? Wie sieht die Zusammenarbeit und Abgrenzung mit/zum Personalrat aus? Wie gehen wir mit Konflikten um? Welche Unterstützung brauchen wir? Anhand von Fallbeispielen werden aktuelle Themen und Probleme der

Personalaussschüsse diskutiert. In Kooperation mit Arbeit und Leben Bremen e.V.

Leitung: Frauke Schüdde-Schröter, Frank Zylinski

Dienstag, 05.09.2017, 09:00-16:00 Uhr

Bremen, DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28,
kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder 20 €)

Was darf ich – was muss ich? Rechte und Möglichkeiten am Arbeitsplatz Schule

Fortbildung/Bildungsurlaub für Schulsozialarbeiter*innen und Schulsozialpädagog*innen: Anhand von rechtlichen Informationen, konkreten Fragen, aktuellen Problemen und Konflikten werden nützliche Tipps und praktische Handlungsmöglichkeiten für den Schulalltag erarbeitet.

Leitung: Irmgard Ostersehlte, Dagmar Reinkensmeier

Donnerstag, 07.09.2017, 09:00-16:00 Uhr

Bremen, DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28,
kostenlos für GEW-Mitglieder (Nicht-Mitglieder: 15 €)